

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage "Die Neue Welt": Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Faustus u. Co., Magdeburg. Geschäftsführer: Hesse, Holzstraße 49. Herausgeber 1887. Redaktion und Druckerei: Große Märkische u. Bernbrecher 961.

Preis jedes einzelnen Abonnementenpreis: Vierteljährl. (incl. Beigefügten) 2 Mr. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Vertragshand in Deutschland monatl. 1.70 Mr., 2 Exempl. 2.90 Mr. An der Expedition und den Ausgabestellen vierfachl. 2 Mr. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mr. bestellt. Einzelne Nummern 5 Bl. Sonntags- und ältere Nummern 10 Bl. — Abonnementschluß: die sechsgezahlte Zeitung 15 Pf., ausdrückl. 25 Pf., im Restanteil Seite 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 376

Nr. 273.

Magdeburg, Dienstag den 21. November 1905.

16. Jahrgang.

Auf dem Wege zum Weltkrieg.

Zum dritten Male im Laufe von sieben Jahren fordert die preußisch-deutsche Regierung vom Reichstag neue ungeheure Summen, um ihre kriegerische Rüstung zu verstärken. Zum zweiten Male im Laufe von fünf Jahren wirft sie ihren alten Flottenplan um, weil ihr das, was sie vor sieben und dann vor fünf Jahren forderte, nicht mehr ausreichend erscheint. Als es galt, den Reichstag zum ersten Male, im Jahre 1898 dazu zu bewegen, daß er die Bewilligung seckriegerischer Rüstungen auf eine Reihe von Jahren festlege, ward ihm vom Regierungstisch aus treuerherzig erklärt, daß durch die Festlegung dieses Planes ja nicht nur die Volksvertretung, sondern auch die Regierung gebunden werde. Werde der Flottenbauplan bewilligt, so sei damit eine Flotte geschaffen, die ein erhebliches Gewicht zur — "Sicherung des Friedens" in die Bogenhale werfen könne, und Deutschland werde ein Machtaktor im europäischen Konzert.

Zwei Jahre später entwandelte sich die deutsche Regierung der selbstgeschaffenen Fessel und legte dem deutschen Reichstag eine neue Flottenvorlage vor. Und wieder hieß es da: Bewillige der Reichstag, was von ihm gefordert werde, so sei damit ein Abschluß gegeben und Deutschland werde als dann mächtig und angesehen vor dem Auslande dastehen.

Und die bürgerliche Mehrheit des Reichstags "band" sich und die Regierung übernahm. Auf Betreiben des Zentrums wurden nur sechs Auslandskreuzer gestrichen, deren Bau nach dem Plane der Regierung im Jahre 1900 begonnen werden sollte. Das Zentrum triumphierte nicht wenig über seinen Sieg und schrie es in allen Landwirtschaftshäusern aus, daß es das deutsche Volk vor ehrlichen Misstrauengaben bewahrt hätte.

So spielte die Regierung des deutschen Reichstags den Klugsten, bis es durch die Veröffentlichung des Geheimverlasses Trepitzens aller Welt klar wurde, daß der Reichstag von der Regierung gründlich üppiert worden sei. Um jene bürgerlichen Parteien, die auf die Stimmung ihrer Wähler Rücksicht nehmen zu müssen glaubten, blindlings in die Falle zu locken, hatte man die Höhe der fortlaufenden Ausgaben, die die Besetzung der neuen Schiffe erforderte, absichtlich im Dunkeln gelassen. Obendrein stellte sich heraus, daß es der Regierung gar nicht einfalle, sich mit dem Beschuß des Reichstags zu beschließen. Von den sechs abgelehnten Kreuzern hieß es bald heimlich und bald laut: „Gebaut werden sie doch!“ Und siehe, kaum nähert sich das Jahr 1906, in dem diese Kreuzer nach dem Regierungsplan von 1900 gebaut werden sollten, so ist die Regierung auch schon auf dem Platze, um sie abermals zu fordern. Eine Zunimmung, die dem Zentrum, das von der Ablehnung der sechs Kreuzer fünf Jahre lang seine Popularität verloren hat, die Nöte des Zornes und der Scham ins Gesicht treiben sollte.

Die Haltung der Zentrumspreisse läßt kaum einen Zweifel darüber bestehen, daß das Zentrum jetzt seinen fünfjährigen Volksbetrug enthüllen wird. Gebaut werden sie doch! Das Zentrum wird dafür sorgen.

Aber — welch neues Taschenspielerstück! — die seit fünf Jahren verschollenen und nun glücklich wiedergekehrten Kreuzer sind nicht mehr dieselben. Sie sind erheblich stärker, größer und kostspieliger geworden. Stärker, größer, kostspieliger sind aber auch alle andern Schiffe geworden, die nach dem „unwiderruflichen“ Flottenbauplan von 1906 gebaut werden sollen. Die Torpedobootsdivisionen werden vermehrt. Abermals soll mehr als eine halbe Milliarde deutschen Volksvermögens aufs Wasser gesetzt werden!

Der maritine Westenschöpfer spricht ein neues „Werde!“ und die leeren Panzerkolosse beleben sich. Ach, es heißt fast, eine kleine Armee, der nützlichen, fruchtbringenden Arbeit entzogen, strecken dem deutschen Volk ihre Hände entgegen und fordern Rost, Gold und Lohn. Das ist die verzauberte Schiffsmannschaft des Geheimverlasses, die nun plötzlich lebendig geworden ist, und fordert, was sie zum Leben braucht. Vor einem Jahr hat der Reichstag auf Wunsch der Regierung beschlossen, die Präsenzziffer des Landheeres zu erhöhen. Welche enorme Vermehrung der Marine beabsichtigt sei, ist ihm damals nicht gesagt worden.

Es ist nicht das deutsche Volk allein, das sich beunruhigt fragt, was diese Politik des Versteckspiels und der plötzlichen Neuberaufungen, der sieberhaft betriebenen Rüstungen, die noch unvollendet immer wieder als ungenügend verworfen und verdoppelt werden, bedeuten soll. Lauter und unruhiger wirft das Ausland diese Frage auf.

Der neue Flottenplan der deutschen Regierung fällt in eine Zeit, in der das Misstrauen des Auslands

gegen das Deutsche Reich lebendiger ist als je zuvor. Die morokanische Politik der deutschen Regierung, die mit der gepanzerten Haft zwischen das englisch-französische Abkommen fuhr, das sie wenige Monate zuvor als eine Garantie des europäischen Friedens gepriesen hatte, hat die beiden größten Mächte des Westens zu einem Bunde gegen Deutschland zusammengetrieben. Ihnen gegenüber bleibt die deutsche Seemacht, so sehr sie sich auch strecken und wie ungemeine Opfer sie auch vom deutschen Volk fordern mag, immer noch schwach, und es fehlt jede Möglichkeit, sie auf die Höhe der englischen oder gar der vereinigten englisch-französischen Seemacht zu heben, weil erstens einmal die Mittel dazu fehlen und weil zweitens niemand die fremden Staaten daran hindern kann, die Verstärkung der deutschen Kriegsflotte mit noch größeren Verstärkungen zu beantworten. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ sucht der neuen Flottenvorlage eine gute Seite abzugewinnen, indem sie bemerkt, man könne die Vorlage wenigstens nicht als eine gegen England gerichtete Provokation betrachten; denn England bleibe es ja unbenommen, für jedes deutsche Kriegsschiff — drei englische zu bauen. Eine angenehme Aussicht für Flottenlieferanten, aber eine weniger angenehme Aussicht für die Völker, die nun annehmen müsse, es sei nicht für das deutsche Volk, das für seine umgehenden Opfer die Erwartung einer deutschen Niederlage zur See eintaucht!

Was soll die deutsche Flotte? Die Küsten schützen? Schon von der Vorlage von 1898 hat die Regierung versichert, daß sie dazu vollkommen ausreiche. Soll sie die deutschen Kolonien schützen? Ach, diese deutschen Kolonien sind keine fünf Milliarden und auch keine fünf Millionen wert, obwohl Hunderte von Millionen in sie hineingestellt werden. Auch haben die Eingeborenen keine Küstenschutzfestigungen, die von der Seeseite her genutzt werden brauchen! Oder soll sie der friedlichen deutschen Schifffahrt die Wege sicher halten? Auf allen Meeren der Welt herrscht volle Sicherheit, niemand denkt daran, friedliche deutsche Kaufahrer, die ihres Weges ziehen, zu überfallen und zu rauben. Wenn aber wirklich einmal das Haftrecht zur See verkündet werden sollte — lügen wir uns wenigstens darüber nichts vor — dann würde den deutschen Schiffen, dank der geographischen Lage ihres Mutterlandes der Weg aus der Nordsee, der Weg in das Mittelmeer, der Weg durch den Suezkanal, der Weg nach dem Stillen Ozean verschlossen sein — kein gepanzerte Haft wäre instande, diese Tore zu sprengen.

Wenn Deutschland die Flotte, die jetzt gebaut werden soll, nicht zum Schutz seiner Küste, nicht zum Schutz seiner Kolonien, nicht zum Schutz seines Handels braucht, wozu braucht es sie dann — fragt das Ausland. Und die Antwort darauf ist: Deutschland braucht die Flotte, um eine Politik der Überrumpfung und der Eroberung, eine Politik der internationalen Putzde zu inszenieren, von der man in der Fahrt nach Tanger nur das Vorspiel gesehen zu haben glaubt. Und wenn man die Reden, die über den Dreizack und die gepanzerte Haft, über deutsches Weltreich und deutsche Weltpolitik, über trockenes Pulver und geschlossene Schwerter, über die Blöße an der Sonne, die wir haben müssen, über die Nügel, an die wir uns Rüstung hängen werden, über die herrlichen Tage, denen wir entgegengeführt werden sollen — Reden, wie sie sonst in keinem Staat der Welt erhört sind — sieht und wieder sieht, so kann man sich nicht wundern, daß Deutschland heute einer Welt feindseligen Misstrauens gegenübersteht.

In diese Welt des Misstrauens fällt nun die Nachricht, daß die deutschen Schlachtkräfte schon wieder nicht groß und zahlreich, ihre Besetzung wieder nicht stark genug ist. Die internationale Situation, die Deutschland ohnehin ungünstig genug ist, wird dadurch abermals zu seinen Ungünstigen verschärft. Die Kriegsgefahr wird abermals vergrößert, ohne daß sich für Deutschland die Aussicht bessert, aus einem Weltkrieg als der Geschlagene heinzukehren; denn seine Flottenpläne können nur die Lust der Westmächte vermehren, vor ihrer Vollendung dreizuschlagen oder aber den Eisernen, mit dem sie die deutschen Rüstungen überbieten.

Das deutsche Proletariat müßte von allen guten Geistern verlassen sein, wenn es einer solchen Politik keine Zustimmung gewährte! Es hat keinen Anlaß, die auswärtige Politik der herrschenden Klassen zu unterstützen, auch dort, wo sie den Sonderinteressen dieser Klassen in vernünftiger Weise dient. Es hat um so weniger Anlaß, eine Politik zu unterstützen, die selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus unvernünftig und verkehrt ist, und deren Risiko im letzten Grunde das arbeitende Volk trägt.

Die nationale Bourgeoisie aller Länder stürzt sich in ewig erneute Kriegsrüstungen, regt sich gegenseitig zu immer größeren gewalttamen Anstrengungen auf, die also fortgesetzt,

eines Tages mit dem fürchterlichsten Zusammenbruch enden müssen. Das internationale Proletariat braucht vor diesem Zusammenbruch nicht zu zittern, aus tausend Wunden blutend würde es sich von neuem erheben und ein Sieger über Trümmern sein. Das Volk wird leben, wenn die Staaten sterben!

Aber als der Träger menschlicher Kultur und Gesittung will das internationale Proletariat diesen Weg nicht gehen, solange ihm ein anderer offen bleibt. Darum widersteht es sich der kriegerischen Bankrottpolitik der herrschenden Klassen, darum erhebt es die Fahne des Weltfriedens, darum sucht es die Bande der proletarischen Klassen solidarität desto enger zu schlingen, je eifriger die Diplomaten intrigieren und je härter die Staaten ihre Waffen schleifen. Drum niedert mit dieser Flottenvorlage! Friede mit dem englischen Volke und den Völkern aller Welt! —

Politische Übersicht.

Magdeburg, den 20 November 1905.

Ja — Bremen, das ist was andres!

Die freisinnig volksparteiliche „Vossische Zeitung“, die programmäßig für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu schwören verpflichtet ist, wendet sich in einem Artikel über die bremischen Bürgerschaftswahlen mit bewerkstelliger Entschiedenheit gegen die Propaganda für das allgemeine, gleiche Stimrecht, die die Sozialdemokraten Bremens betreiben, und erklärt dieses allgemeine gleiche Stimrecht als „für einen städtischen Kleinstaat unmöglich“.

„Wo bleibt da die Theorie“ fragt die konservative „Kreiszeitung“ sehr erfreut und belustigt und mit durchaus berechtigtem Spott. Ja, die Theorie bleibt, wo der Pfeffer wächst, und auch dort nur, wenn sie den Pfefferäpfeln nicht schadet. —

Zwei Monate Gefängnis für ein Menschenleben.

Der Leutnant v. Letow vom 56. Infanterie-Regiment in Lissa, der im Marsch einen Arbeiter auf der Straße erschoss, ist vom Oberkriegsgericht in Posen zu zwei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden!

Das Leben dieses Arbeiters ist nicht mehr wert, als ein Laib Brot, den ein anderer Arbeiter stiebt und sicher viel billiger als das Leben eines Rehs oder eines Hasen, den ein bauerlicher Wilderer in adligen Forsten erjagt.

Das Urteil des Pfeffer Kriegsgerichts verblüfft selbst an jenen andern Urteilen gemessen, die Kriegsgerichte sonst über adlige Totschläger zu verhängen pflegen. Leutnant v. Brüewitz wurde wegen Ermordung des Technikers Siepmann zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt und „erst“ nach etwa 2 Jahren begnadigt. Der Mittmeister Graf Stolberg, der wenige Monate nach der Begnadigung des Brüewitz seinen Sergeanten Scheinhart mit dem Säbel totstach, erhielt 3½ Jahre Festung. Selbst der Leutnant Erich v. Hollmann, der noch im richtigen Augenblick den Säbel aus der Hand nahm, kam mit gehöriger Freiheitsstrafe schlechter davon als der Leutnant v. Letow.

Der Objektivität wegen wollen wir nicht vergessen hinzuzufügen, daß der Leutnant v. Letow nach seiner Tat neue Bekundet und einen Selbstmordversuch unternommen hatte, bei dem ihm nicht allzuviel geschiehen zu sein scheint. Der Objektivität wegen wollen wir aber auch hinzufügen, daß wir uns eines andern Falles entzinnen, in dem ein zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilter neutrauer Reservemann, der Weib und Kind daheim hatte, sich die Treppen des Gerichtsgebäudes hinunterstürzte und schwerverletzt liegen blieb. Er ist ansurirt worden und verbüßt jetzt eine mehrjährige Gefängnisstrafe, zu der ihn das Oberkriegsgericht als zweite Instanz verurteilt hat.

Denn — Recht muß Recht bleiben! Und wir leben in einem Kaiserstaat, in dem gleiches Recht für alle gilt! —

Zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen.

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Die Wahlrechtsdemonstrationen am heutigen Sonntag haben alle auf sie gesetzten Erwartungen weit übertroffen. Dem Beobachter bot sich schon in den späteren Morgenstunden ein seliges Schauspiel: Tausende und aber Tausende von Demonstranten bevölkerten die Straßen und strömten nach den verschiedenen Versammlungsorten.

Bereits einige Stunden vor dem festgesetzten Beginn der Demonstrationen wurden die Versammlungssäle wegen Überfüllung polizeilich abgesperrt. In den großen Sälen des „Zanssau“

und des „Centraltheaters“ stauten sich die Massen. Und trotzdem standen draußen noch Tausende, denen der Eintritt versagt blieb. Dasselbe Bild wie hier bot sich auch in den anlern d. d. Versammlungskälen. Es ist nicht zubürgert gesagt, wenn man behauptet, daß noch zehn Versammlungskäle notwendig gewesen wären, die Massen aufzunehmen. In den Versammlungen sprachen Chér, Schöpfen, Motteler, Lipinski und Hänisch. Vieltausendstimmige Bravos-Muse und Muse: Generalstreit durchbrachten die Käle. Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! Das war der Gedanke, der die Massen beseelte.

Als die Versammlungen zu Ende waren, zogen die Massen auf die Straßen. Es bildeten sich ungeheure Züge, in deren Mitte mehrere Polizeikompanien marschierten. Der unendliche Zug defilierte am neuen Rathaus vorüber über den Promenadenweg, der die ganze innere Stadt einschließt. Auf dem Platz, wo sich die Kreishauptmannschaft befindet, beobachtete der Kreishauptmann v. Ehrenstein vom Fenster aus mit aufmerksamen Blicken den gewaltigen Menschenstrom, der über die breiten Straßen langsam, aber ruhig dahinschlüttete. Auch aus den Fenstern der Bourgeoisie schauten überall neugierige Augen auf die Demonstration herab. Um 1 Uhr zogen an der Westseite des neuen Rathauses zwei weitere Kompanien Polizei auf, befehligt von je einem Polizeileutnant. Sie waren als Reservisten herangezogen. Im Hofraum des Rathauses verschwanden sie, des Augenblicks harrend, wo sie in Aktion treten sollten. Die ganze Polizei war zusammengezogen; keinem Schützmann war Urlaub erteilt worden; ja, auf dem Polizeiamt in der Wächterstraße war das ganze Beamtenpersonal bis auf den letzten Kopisten zum Dienst herangezogen worden.

Auch die Garnison stand in Bereitschaft, kein Soldat durfte aus den Kasernen, die sich im Norden der Stadt befinden.

Aber es gab keine Arbeit, weder für die Soldaten noch für die Polizei. Die Zahl der Demonstranten, unter denen man auch Leute aus dem Bürgertum bemerkte, ist auf rund 50 000 geschätzt. Nachdem die Massen zweimal um den Promenadenring gezogen, gingen sie nach den verschiedenen Stadtteilen auseinander, mit dem inneren Gelöbnis, nicht eher zu ruhen, als bis das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist.

Das, was sich am Sonntag in Leipzig abgespielt, war nur der Anfang, das Vorspiel für kommende Ereignisse. Denn das Maß ist voll. Lenkt man nicht ein, gibt man uns nicht bald das allgemeine Wahlrecht, so werden wir es uns zu erkämpfen wissen. Es gärt! —

Aus der französischen Kammer.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Trotz der heftigen Opposition der nationalistischen Autoreiter des Spekulantentums nahm die Kammer am vergangenen Montag mit großer Majorität das Gesetz an, das die Stadt Paris zu der Aufnahme einer Anleihe von 120 Millionen ermächtigte zwecks Durchführung der Gasse. Das Gesetz geht jetzt zum zweitenmal an den Senat, der es mit einigen Stimmen Majorität das erstmals abgelehnt hatte. Es zeigt nicht nur die ökonomische Rückständigkeit des enacts, der noch ganz in mancherlich-kleinbürglichen Anschauungen festgehalten ist, sondern auch die große Beschränktheit, die den Gemeinden in Bezug auf die Selbstverwaltung auferlegt ist, daß eine derartige Vorlage überhaupt nötig ist. Letzteres zeigen die Kämpfe um eine Sache, die in Deutschland kein Mensch mehr aufhalten wird wollen, recht drastisch, wie wenig im Grunde die sozialistische Idee in Frankreich bisher an Boden gewonnen hat. Die Hauptgründe, die gegen die Vorlage anführten wurden, waren, daß man damit den ersten Schritt zum Kollektiveigentum gehe und dann unaufhaltlich dem Kollektivismus entgegentrete. Es wird sich zeigen, ob der Senat diesen ersten Schritt tun oder ob er weiterhin die Stadt Paris einer Handvoll Spekulanten ausliefern wird.

Am Freitag war Interpellationstag. Herr Roubier feierte seinen Triumph. Es war nicht nur ein rekonstruiertes Ministerium, sondern auch eine rekonstruierte Mehrheit, die sich da zusammenfand. Die sozialistische Kammerfraktion hatte eine Interpellation über die Haltung der Regierung bei dem Generalstreik der Marinearbeiter eingebrochen, sie jedoch zu Beginn der Sitzung mit der Erklärung zurückgezogen, mit ihrer Einbringung bis zur Vorlegung des Gesetzes betreffend Abänderung des Chambre-Gesetzes warten zu wollen. Doch Herr Roubier, der die Situation ausnützen wollte, um sich seine Mehrheit zu sichern und die Kammer auf die Verweigerung des Streitrechts an die Stadtarbeiter von vornherein festzulegen, provozierte durch einige seine üblichen Phrasen die Diskussion.

So wenig sachlich Neues die Diskussion brachte, so war sie doch ungemein lebhaft. Ein einziger von der bürgerlichen äußersten Linie wagte es, einige Worte für das Streitrecht der Stadtarbeiter zu sprechen. Im übrigen konnte die Diskussion ebenso gut im Deutschen Reichstag stattgefunden haben. „Sie sind ja nicht mehr als fünfzig“, rief ein Mitglied der neuen Mehrheit dem Genossen Jaures höhnisch zu. Damit ist die Situation sehr treffend gezeichnet. Die Sozialisten standen allein. Auf das Ladebord der Parteifaktion vereinigten sich allerdings etwas mehr Stimmen. So die Mehrheit der Regierung war aber nichtsdestoweniger riesig. Sie war vielleicht zu groß.

Den Radikalen ist in der Gemeinschaft mit den äußersten Reaktionären doch nicht so recht wohl zumute, aber das wird sich mit der Zeit schon machen. Herr Roubier nahm den Mund sehr voll. Er sprach fast nur mehr von „nationalen Interessen“. Die reaktionäre Presse fließt denn auch über von Lob für die nationalsozialistische Kühnheit des Ministerpräsidenten. Dieses Lob kann ihr aber gefährlich werden, denn — wir stehen vor den Wahlergebnissen, das nächstmal wird Herr Roubier etwas mehr von den „Traditionen der großen Revolution“ und den „republikanischen Interessen“ sprechen, um die Seelenruhe der Radikalen wieder herzustellen. Seine Kühnheit, die vom linken Flügel der Radikalen als bis einschließlich des Zentrums geht, wird er behalten.

Los gegen die Arbeit! —

Fr.

Norwegen.

Das Storting hielt Sonnabend nachmittag von 5½ bis 6 Uhr eine Sitzung ab. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde Prinz Karl von Dänemark einstimmig zum Kronprinzen zum König von Norwegen gewählt. Von den 117 Mitgliedern des Stortings schied nur eins. In dem Augenblick, als das Storting seinen Beschuß fasste, wurde von der Gestung Alvershus Königs salut abgegeben. Der Präsident wurde beauftragt, den Beschuß des Stortings dem König Christian von Dänemark und dem Prinzen Karl telegraphisch mitzutunnen. In der Abendstunde wurde die Antwort des gewählten bekannt gegeben. Sie lautet:

Mit Erlaubnis des Königs, meines erlauchten Großvaters, nenne ich die Wahl als König von Norwegen an, indem ich den Namen Halv 7. annenne und meinem Sohn den Namen Olaf belege. Meine Gemahlin und ich lieben Gottes reichsten Segen über das norwegische Volk herab. Wir wollen unser künftiges Leben seiner Ehre und seiner Größe weihen.

Für 700 000 Kronen Jahreslohn läßt sich das schon machen; ändert manch ander noch gern seinen Namen und seine Nationalität.

Die russische Revolution.

Wieder ein Semstwo-Kongress.

Um Sonntag nachmittag wurde in Moskau ein neuer Städte- und Semstwo-Kongress eröffnet. Über die Verhandlungen des ersten Tages meldet die Scherlpresse:

Den Bericht des Organisationsbureaus erstattete Golowin-Moskau. Die von Abramow-Sawropol beantragte Differenzlichkeit der Verhandlungen wurde vom Kongress abgelehnt.

Nachdem Roudicow dem Andenken des verstorbenen Kästen-Tribunals warme Worte der Erinnerung gewidmet, geht die Versammlung zum ersten Punkt der Tagesordnung über: Verhalten des Kongresses gegenwärtigen politischen Lage. Kosoloskin berichtet über die Ergebnisse der Unterhandlungen der Moskauer Deputation mit dem Grafen Witte. In der Diskussion beantragten einige wenige Redner, der Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen, die Politik Witte zu unterstützen, sich mit den gewählten Reformen zu begnügen und die Ausarbeitung weiterer detaillierter Gesetzentwürfe der künftigen Reichsduma anzuhören zu stellen.

Die erdrückende Mehrzahl der Redner wies jedoch auf die Krassen Widersprüche zwischen den Verhöhungen des Manifestes und den Maßnahmen der Regierung hin, auf die von Petersburg aus mit Hilfe des Böbels organisierte Unterrevolution, auf die Verhängung des Kriegszustandes über Polen, auf die Ausweisung polnischer Patrioten, die Entzündung von Generaladjutanten zur Unterdrückung der Bauernrevolten usw. Sie erklärten, die Semstwo und die Städte könnten nur dann Wittes Kabinett unterstützen, wenn genügende Garantien für die schlemigste Verwirklichung der verheißenen Reformen gegeben, die reaktionär gesinteten Minister entfernt, sämtliche Repressivmaßregeln aufgehoben und eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einzurufen würden.

Die weitere Diskussion wurde auf Montag verlegt.

Aus dem Fortgang der Debatte wird sich erst erschauen lassen, ob die Klämmacher im bürgerlichen Lager einen irgendwie neuenswerten Anhang gewinnen.

Einstellung des Generalstreiks.

Das Komitee der Ausländer in Petersburg hat folgende Resolution gefasst:

Der Ausstand der Petersburger Eisenbahner und der Arbeiter von Petersburg hat der Regierung bewiesen, daß die Ausführung grausamer Maßregeln wie der Anwendung der Todesstrafe und der Einführung des Kriegszustandes stets in der Arbeiterklasse tätigen Widerstand finden wird. Der Ausstand hat bewiesen, daß untreue Macht im Wahnen begriffen ist, so daß, wenn eines Tages das Komitee es für nötig findet, der Regierung einen entschiedenen Kampf zu bieten, wir siegen werden.

Das Komitee schlägt im weiteren vor, den Ausstand am 20. November mittags zu beenden und fährt dann fort: Die Kameraden werden von nun an Kräfte sammeln. Wenn es für nötig befunden wird, wieder in den Ausland zu treten, werden alle Eisenbahnen zugleich, und zwar solange streiken, bis alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen von der Regierung erfüllt worden sind.

Der Verkehrsminister hat den Eisenbahner mitgeteilt, daß der Ministerrat ihre Forderung bezüglich des Achtsitt und den Tag als unannehmbar abgewiesen habe. Er fügte hinzu, daß so lange kein Lohn ausgezahlt würde, bis der Ausstand in den Bahnhöfen und auf den einzelnen Linien beendet ist. Ferner wurde auch den Arbeitern der staatlichen Druckerei mitgeteilt, daß der Lohn ihnen so lange vorerthalten werde, als der Ausstand dauert.

Er ist ja nunmehr so lange beendet, bis der nächste ausbricht.

Ein polnischer Dichter im Gefängnis.

Unter den Revolutionshelden, die in den letzten Tagen in Warschau von den Schergen des Zaren in das Gefängnis geschleppt worden sind, befindet sich auch Genosse Jeroszowski, der unter dem Pseudonym K. Bagrowowski als Romancier bekannt ist und als einer der bedeutendsten Repräsentanten der modernen polnischen Literatur gilt.

Genosse Jeroszowski lebte 18 Jahre als Verbannter in Sibirien, und zwar in den unwirtlichsten, rauhesten Gegenden dieses idyllischen Gräberfeldes aller edlen Geister des Ostens. In den letzten Tagen stand er in den vordersten Reihen der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und verkündete einen stimmenden Aufruf an das polnische Volk, sich zu bewaffnen. Dieser Aufruf erschien in einer sozialdemokratischen Zeitschrift und bildete für die Zarenknechte den unmittelbaren Anlaß, sich der Person des Dichters, der zu den Besten seines Volkes zählt, zu bemächtigen.

Erhebung in Chardin.

Nach Meldungen, die über Bladivostok und Tokio nach London gelangt sind, ist eine „Meuterei“ unter den Truppen in Chardin ausgebrochen, die sich immer war

als die in Bladivostok. Die meuternden Soldaten plünderten und verbrannten Häuser und Staatsgebäude und erschossen viele Offiziere, welche die Ordnung in Gewalt wiederherstellen wollten. Die letzten Nachrichten, welche in Bladivostok eingingen, meldeben, daß die Einödung in Chardin noch im Gange sei.

Gegen die Pole.

In einem Artikel des zarischen „Regierungsboten“ wird die Verhängung des Kriegszustandes über Polen zu recht fertigen gesucht. Es heißt dort:

Solcher Wunsch (nach Autonomie) zielt unzweckhaft, wübrigens von den extremen Parteien schon kundgegeben, auf die Wiederherstellung des Königreichs Polen und auf eine vollständige Befreiung der russischen Grundlässe in Polen hin. Das Schicksal Polens kann vor der Bildung der Reichsduma nicht entschieden werden, denn das russische Volk muß bei der Regelung der polnischen Frage gehört werden. Die Verhängung des Kriegszustandes in Polen ist in keiner Weise von dem Russischen veranlaßt worden, den Polen die ihnen bereits bewilligten Rechte zu nehmen sondern einzig und allein von der Notwendigkeit, Ereignissen, die vom Standpunkt der höheren Interessen des Staates nicht geduldet werden dürfen, vorzubeugen. Der Kriegszustand wird deshalb in Polen aufgehoben werden, sobald dort wieder Ruhe eingesetzt wird.

Das kann lange dauern. Uebrigens veröffentlichte der Deutsche Konsul in Warschau in den dortigen Blättern eine Erklärung, daß alle Gerüchte, Deutschland beabsichtige in Russisch-Polen einzuschreiten und auf Grund von Vereinbarungen Teile des russischen Gebietes zu erobern, erfunden seien. Die Erklärung wird gelesen, aber nicht geglaubt werden.

Letzte Nachrichten.

* Moskau, 20. November. Gegen 50 betrunkenen Soldaten, welche in einem belebten Stadtteil ein Haus überfielen und geplündert hatten, wurden von der Gendarmerie und der Polizei nach blutigem Kampfe überwältigt und als Gefangene nach einer Kaserne gebracht. —

* Katowitz, 20. November. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion ist nur der Personenverkehr nach Ruschland über Sosnowice wieder aufgenommen, der Güterverkehr aber noch gesperrt. Der Personenverkehr über Herby ist ebenfalls wieder eröffnet. Der Güterverkehr aber noch gesperrt. —

* Warschau, 20. November. Gestern wurde eine Kirche, in der die Versammlungen die polnische Nationalhymne sangen, von Insanterie unzersetzt. Drei verhaftete 500 Männer. Als ein Teil der Verhafteten durch die Nikolajewskastrasse wurde und dort ein Gefangen einen Bluff abgab, ließ der Offizier des Polizeiwachen Regiments feuern. Zwei Arbeiter und eine junge Dame blieben tot, eine Frau und mehrere Passanten wurden verletzt. Um 8 Uhr abends wurde dieselbe Kirche von drei Männern Infanterie besetzt. —

* Helsinki, 20. November. Eine Versammlung von 2000 Personen, hauptsächlich Vertretern der Provinzen, beschloß an den Minister für Finnland, Linder, ein Telegramm zu senden, in welchem sie bestimmt seinen Rücktritt fordert, weil er durch sein Verhalten die Gesetze verletzt und das Regime der Gewalttätigkeit Bobrikows begünstigt habe. Er habe niemals das Vertrauen des finnischen Volkes besessen. —

* Tiflis, 19. November. Auf Befehlung des Statthalters ist Soldaten, welche in den letzten Jahren vorzugsweise aus politischen Gründen besetzt sind, völlige Straflosigkeit eugesichert worden, wenn sie während der Abwesenheit von ihrem Truppenteil keine Verbrechen begangen haben und bis zum 14. Januar 1906 zu ihrem Truppenteil zurückkehren. —

* Nagasaki, 19. November. 500 russische Gefangene an Bord der russischen Transportschiffe „Wladimir“ und „Woronesch“, welche nach Bladivostok abgehen sollten, erschienen der Meierei verdächtig, weshalb sich die Offiziere an die Japaner mit der Bitte wandten, ihnen Truppen zu senden. Ein Polizeioffizier und 100 Konstabler gingen an Bord der „Woronesch“, vier japanische Torpedoboote umringten die Schiffe. Nochdostjewski ist an Bord der „Woronesch“. —

* Rom, 20. November. Gestern früh hielten Studenten eine große Protestversammlung gegen die „Bartholomäusnacht“ in Russland ab. Nach einer Rede des Abgeordneten Mazzoni wurde eine sehr schwere Protestresolution gegen die Greuel angenommen.

Hd. Paris, 20. November. Der „Eclair“ meldet aus Petersburg, in informierten Kreisen verlaut, die Stellung Witte sei stark erschüttert; als Nachfolger nenne man bereits Dururov, dessen Einfluß mit jedem Tage wächst. —

Aus der Parteibewegung.

Der Breslauer Vorschlag, Straßendemonstrationen für Änderung des Wahlrechts vorzunehmen, scheint nachträglich auch in Leipzig Billigung gefunden zu haben. Bürgerliche Montagsblätter enthalten folgende Mitteilung aus Leipzig: Nach fünf großen Protestversammlungen gegen das jüdische Wahlrecht zogen über 10000 Arbeiter durch die Straßen der Stadt zu einer Massendemonstration gegen das Klassenwahlrecht. Die Demonstration dauerte mehrere Stunden und verlor trocken Polizeiausgabe ganz ruhig.

Das ist, vorausgesetzt daß die Nachricht richtig ist, genau das, was der Breslauer Vorschlag wollte: Eine Straßendemonstration gegen das Dreiflassenvwahlrecht in einem deutschen Bundesstaat. —

S. Sozialdemokratische Gemeinderäte. Bei der Gemeinderatswahl in Oberhausen (ein Vorort Augsburgs mit zahlreichen Industriearbeitern) wurden zwei Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt, die ersten im ganzen schwäbischen Bayern! —

Bei der Stadtverordnetenwahl in Remscheid unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten, die bis zu 2479 Stimmen erhielten, den Gegnern, die bis zu 2052 Stimmen anbrachten. Die Wahlbeteiligung betrug 68 Prozent der Wahlberechtigten gegen 46 Prozent der legitimen Wahl vor zwei Jahren. Damals siegten unsere Kandidaten mit 1923 Stimmen gegen 1673 Stimmen, die auf den höchstdemokratischen Kandidaten entfielen waren. Die Gegner haben demnach gegen die letzte Wahl um 1000 Stimmen mehr erhalten; unsre Stimmen stiegen um 556. Diese Zunahme ist nicht hoch genug anzuschlagen, so meint die Elberfelder „Freie Presse“, angesichts der beispiellosen Niedertracht, die unsre Gegner in diesem Wahlkampf an den Tag gelegt haben. —

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Textilarbeiter-Aussperrung in Sachsen-Thüringen meldet ein Wohlwollendes Telegramm: Der Verband sächsisch-thüringischer Webereien erläutert gegenüber den neuerlich aufgetretenen Gewichten, daß er nach wie vor auf seinem gegenwärtigen Standpunkt besteht und seine Betriebe nur öffnen werde, wenn die Arbeiterschaft vorbehaltlos unter Anerkennung des von den Unternehmen vorgelegten Sozialtariffs und der allgemeinen Bedingungen gleichzeitig in allen Arbeitsabkommen die Ver-

wieder einzunehmen sich bereit finde. Ebenso sind alle Nachrichten über etwaige erneute Verhandlungen irrthümlich. In Gera ersuchten Verbeiter der Bergarbeiter die Bürgermeister der an dem Ausstande beteiligten Städte um Verhandlungen mit den Fabrikanten. Diese lehnten jedoch ein Entgegenkommen und die Einleitung von Verhandlungen ab.

Der Bergarbeiterausstand in Oberschlesien ist beendet, wenn die von örtlichen Zeitungen verbreiteten Nachrichten zutreffen. Ein Telegramm aus Beuthen, O.-S., besagt: Da die ausständigen Bergarbeiter der Myslowitzgrube am Sonnabend vollständig wieder einjören, erklärt sich Bergwerksdirektor Grätzl bereit, die von den Bergarbeitern gewählte Kommission zu empfangen und ihre Wünsche einzugehen, die eine Abänderung der Arbeitsordnung und einen Lohnantrag von 25 Prozent bezeichnen. Außer den Streikenden der Myslowitzgruben beschlossen auch die der Gieschegrube, die Arbeit wieder aufzunehmen.

In der Metallindustrie Augsburgs gärt es schon wieder. Anscheinend als Freunde des wirtschaftlichen Friedens schickten sich die Metallindustriellen in die Folgen der für sie zur Niederlage gewordenen Aussperrung, um nachher die als Opfer der Unternehmer rache auszusehenen „Heizer“ um so leichter fassen zu können und mit den Maßregelungen jetzt beginnen zu können. Die gesamten organisierten Metallarbeiter Augsburgs werden in den nächsten Tagen zu dieser Herausforderung Stellung nehmen.

Sämtliche Zimmerleute in Marseille sind in den Ausstand getreten. 400 bei dem Bau der Kolonialausstellung beschäftigten Zimmerleute wurde zwar die verlangte Lohnerhöhung bewilligt, doch erklärten sie, die Arbeit nicht fröhlich anzunehmen, als bis auch die übrigen Zimmerleute in Marseille dieselbe Lohnerhöhung erhalten würden.

S. Unternehmer-Manöver. Als im vergangenen Sommer nach der Beendigung der großen Metallarbeiteraussperrung in Bayern die Textilarbeiter in Augsburg, getrieben von dem Gespinst einer eventuellen Aussperrung auch in der Textilindustrie, sich in Massen dem Deutschen Textilarbeiterverband anschlossen und so den Textilarionen gefährlich zu werden drohten, da beschlossen diese plötzlich ganz „freiwillig“ ab 1. Januar in der Textilzentrale Augsburg den Lehnsstudenten einzuführen. Von einer Freiwilligkeit konnte natürlich keine Rede sein und der Sekretär der schwäbischen Handelskammer erklärte als Vertreter der Augsburger Baumwoll-Industriellen in der am 8. November in Berlin stattgehabten Ausschüttung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, daß triftige Gründe äußeren Zwanges vorgelegen hätten, die die Augsburger Herren veranlaßten, jene Beschlüsse zu fassen. Durch eine Lohnerhöhung allein wäre der Kampf mit den Arbeitern nicht vermieden worden. Und er hatte ganz recht. Die Textilarbeiter wären um alles in der Welt nicht von ihrer Forderung des Lehnsstudententags zurückgegangen und deshalb wurde die Einführung derselben „freiwillig“ zugestanden, hoffte man doch, die Arbeiter würden sich mit dem Versprechen zufrieden geben.

Nun ist aber eingetroffen, was wir seinerzeit vorausahnten; nämlich, daß die Textilindustriellen damals nur ein geschicktes Manöver inszenierten, daß sie die Einführung des Lehnsstudententages nur versprachen, um den Andrang zu den gewerkschaftlichen Organisationen aufzuhalten. Eine größere Firma, die Nähfadenfabrik Augsburg, hat durch Anschlag bekannt gegeben, daß ab 1. Januar der Lehnsstudenten nur für Arbeiterinnen zur Einführung kommt, aber nicht bestimmt, sondern „voraussichtlich“. Was hinter diesem „voraussichtlich“ steht, wissen die Textilarbeiter sehr gut — nach Erfahrung — zu bewerten.

Eine ungeheure Erbitterung greift bereits Platz. Die Textilarbeiter sind nicht gewillt, weiter Schindluber mit sich treiben zu lassen. Wenn die Textilindustriellen wirklich ihr Wort brechen und die Arbeiter wieder um den Lehnsstudenten pressen, dann wird die Situation ernst.

Die Industriellen haben nun mit einer Macht zu rechnen, denn während der Mitgliederstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Augsburg vor Monaten noch 600 betrug, ist heute die Zahl 3000 bereits überschritten und auch der Gewerbeverein (G.-D.) zählt circa 1500 Textilarbeiter zu seinen Mitgliedern. Zugem ist die gesamte öffentliche Meinung auf Seiten der Textilarbeiter, denn die gesamte Geschäftswelt leidet unter der sprichwörtlich gewordenen Not der Textilarbeiter.

In der Augsburger Textilindustrie herrscht Gewitterschwüle.

Hirsch-Dunkeriana. Im Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist wieder eine bedeutende „Reform“ erfolgt, so berichtet die „Metallarbeiter-Zeitung“. Bisher war bei seinen monatlichen Abrechnungen stets auch die Mitgliederzahl angegeben. Zum erstenmal ist nun diese „... 44 des „Regulator“ bei der Abrechnung für September weggetragen worden. Wahrscheinlich ist dies aus dem gleichen Grunde geschehen, aus dem man die Protokolle über die Generalversammlungen nicht mehr veröffentlicht. Die Weglassung dieser Protokolle erfolgte, wie auf dem Chemnitzer Verbandstag mitgeteilt wurde, deshalb, weil „die Gegner darauf ihre Pläne bauen könnten“. Auf die Mitgliederzahlen könnten die Gegner zwar keine „Pläne bauen“, aber sie konnten daraus den Fortschritt oder den Rückgang des Gewerbevereins ersehen. Nun hat der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter im Juni um 339, im Juli um 367, im August um 367, in den drei Monaten um 333 Mitglieder abgenommen. Diese Tatsache in Verbindung mit der Weglassung der Mitgliederzahl im September läßt nur den einen Schlüß zu, daß in diesem Monat ein weiterer Rückgang stattgefunden hat, und zwar ein so bedeutender, daß es dem Generalrat nicht mehr geraten erschien, diese Blößen seiner Organisation zu zeigen.

ac Abschaffung der Trade-Unions-Kongresse in England. Die Gewerkschaft der Zimmerer schlägt vor, diese Kongresse, die schon seit vielen Jahren alle wirkliche Bedeutung verloren haben, aufzugeben und die gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch das Labour Representation Committee (Komitee für Arbeitervertretung) wahrnehmen zu lassen. Vor dem nächsten Gewerkschaftskongress in Liverpool soll allen Delegierten die Frage vorgelegt werden, wie sie zu einer Beurteilung dieser überflüssigen Zusammensetzungen stehen, und wenn sich eine genugend große Anzahl Stimmen dafür findet, ein dahingehender Antrag auf dem Kongress eingebracht werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 20. November 1905.

Zur Fleischnot.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Fleischerverbandes hat nach der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ in einer Sitzung, die er in Magdeburg abhielt, folgende Erklärung beschlossen:

Niemals ist ein Versprechen schändlicher gebrochen worden, als

der deutschen Landwirtschaft bei den gemeinsamen Beratungen über das Reichs-Fleischbeschlußgesetz gegebene Wort für die Erweiterung der Fleischbeschlußfahrt einzutreten, falls ein Notstand in der deutschen Fleischversorgung entstehe. Niemals ist eine Agitation selbst von vornehmen landwirtschaftlichen Korporationen so unverdächtig und einsichtig betrieben worden, wie die heutige Agitation gegen dieöffnung der Grenze gegen die Fleischfahrt aus solchen Ländern, in denen keine Seuchen in bedrohlichem Umfang herrschen. Niemals ist leichter fertiger ein Vorschlag zur Beseitigung eines unbestreitbaren Notstandes gemacht worden, als das Vorsitzende der Zentralstelle preußischer Landwirtschaftskammern an die Stadtverwaltungen, zur Verbesserung des Fleisches Organisationen zu schaffen, die unter Ausschaltung des Zwischenhandels die Fleischversorgung der Städte übernehmen sollen. Niemals ist leichter fertiger die Herabsetzung eines zu berechtigten Klagen keinen Anlaß bietenden sachlichen Handwerkswesens zum ungelernten Kleinhändlerum empfohlen und ein Gewerbe so im Innersten verletzt worden, als durch die Worte des Herrn Reichskanzlers an die Vertreter des Deutschen Städteverbands, die Fleischversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Niemals ist die Mehrzahl der deutschen Bundesregierungen einem tatsächlichen Notstand mit einer solchen Miachtung entgegetreten, hat so wenig Verständnis dafür bewiesen und die Stimme des Volkes so ignoriert, wie bei der gegenwärtigen Fleisch- und Fleischsteuerung. Deshalb ruft der Verbandsvorstand den Reichstag und die Landtage, den Deutschen Städteverbund, die Handwerkskammern und den Ausschuss des Handwerks- und Gewerbeaufnertages auf zur entschiedenen Stellungnahme gegen die Haltung der Regierung in der Fleischsteuerfrage und insbesondere gegen den an die Stadtverwaltungen gerichteten Vorschlag, die Fleischversorgung selbst in die Hand zu nehmen.

Die Herren Fleischermeister haben also mit den Agrariern hinter den Kulissen geteilt und werden nun von ihren Verbündeten von ehemals übers Ohr gehauen. Sie spielen die Rolle der betrogenen Betrüger und schließen sich nicht besonders wohl darin. Das ist begreiflich, und man wird es verstehen, daß sie sich vor allem gegen den Reichskanzler und die Agrarier wenden, die den Städten den Rat geben, „kommunalsozialistisch“ zu wirken und das Fleisch durch Ausschaltung des Zwischenhandels und der Schlächtereien zu verbilligen. Aber die Herren Schlächtermeister werden sich nicht beschweren können, wenn ihr Rotschrei die Konsumenten ziemlich kalt läßt. Allerdings genügt ihnen nicht der Rat des Reichskanzlers. Sie wollen auch Öffnung der Grenzen, aber wenn obendrein durch andre Maßnahmen das Fleisch noch billiger wird, haben sie nichts dagegen einzurichten. Die Schlächtermeister, die beim Zolltarif und bei dem Fleischbeschluß mit den Agrariern an einem Strange zogen, dürfen sich nicht wundern, wenn sie jetzt keine Bundesgenossen beim Fleischkonsumierenden Publikum finden.

Die Volkszählung 1905.

Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht nachstehende Ansprüche an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Volkszählung am 1. Dezember 1905:

Mit dem 1. Dezember d. J. feiert in Preußen wie im ganzen Deutschen Reich der Tag der Volkszählung wieder.

Die unabdingbare Notwendigkeit regelmäßiger Aufnahmen dieser Art ist allgemein anerkannt. Kein Volk vermag sie zu entbehren, das sich über die Grundlagen seiner Größe und Entwicklung, insbesondere über Zahl, Geschlecht, Alter, Familienstand, Beruf, Religionsbekenntnis und sonstige persönliche Eigenschaften seiner Angehörigen unterrichten will. Die Ergebnisse der Volkszählung dienen aber uns nicht nur der wissenschaftlichen Erforschung wichtiger Verhältnisse des Volkslebens, sondern auch mancherlei praktischen Zwecken, wie der Verteilung gemeinsamer Einkünfte und Leitern der einzelnen Bundesstaaten, der Regelung der Münzprägung sowie der Ordnung vieler Verhältnisse, die sich nach der Volkszählung richten, wie zum Beispiel die Zuständigkeit von Behörden der allgemeinen Landesverwaltung, die Bildung von Stadtkreisen und Wahlbezirken, die Wahl von Abgeordneten zu den Kreis- und Provinziallandtagen, die Gemeindewahl usw.

Eine Aufnahme von dem Umfang der Volkszählung ist nicht ohne erhebliche Mühe durchzuführen. Ein Blick auf den Verlauf des Zählverfahrens zeigt aber zugleich, daß der Bevölkerung selbst hieraus verhältnismäßig nur wenig Arbeit entsteht.

In den Tagen vom 28. bis 30. November d. J. werden in ganzen Staaten etwa eine Viertelmillion Zähler bei den einzelnen Haushaltungen vorsprechen, um für jede in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember d. J. voransichtlich dort anwesende Person eine „Zählkarte A“ und für jede Haushaltung ein „Haushaltungsverzeichnis B“ zu überreichen. Als Anschlag für diese Papiere dient ein „Zählbrief C-D“, dem zugleich eine „Anleitung C“ zur Ausfüllung der Zählkarten sowie je eine Musteransicht der Zählkarten aufgedruckt ist.

Die Haushaltungsvorstände, das heißt die Familienhäupter, haben nur

- die Zählpapiere in Empfang zu nehmen,
- sie gemäß der Anleitung C auszufüllen oder durch geeignete Vertreter ausfüllen zu lassen und
- sie vom 1. Dezember d. J. mittags 12 Uhr zur Abholung durch den Zähler bereitzuhalten.

Die Fragen der Zählpapiere sind nicht zahlreich, durchweg einfach und völlig unverfälschlich. Niemals werden die durch Zählung gewonnenen Nachrichten über einzelne Personen veröffentlicht oder für andre als statistische, besonders auch nicht für steuerliche Zwecke benutzt. Die aus den Zählpapiere gewonnenen Ergebnisse gehen in allgemeine Tabellen über, in denen der einzelne Mensch nicht mehr erkennbar ist. Die Zählpapiere selbst werden nach beendigter Arbeit eingestampft; jedermann darf danach sicher sein, daß die Angaben seiner Zählkarte über Alter, Religion, Staatsangehörigkeit, Militärberhältnis, Beruf und Erwerb, etwaige Mängel und Gebrechen usw. nicht vorübergehend gelöscht werden können oder an die Öffentlichkeit gelangen.

Auf ein vertrauensvolles Entgegenkommen der Haushaltungsvorstände wie überhaupt der ganzen Bevölkerung, auch hinsichtlich der nicht vom Staate, sondern von den einzelnen Gemeinden gestellten Fragen dürfen die Zähler hinnach um so eher rechnen, als diese Männer ihre umfangreiche und mühselige Arbeit fast jämlich freiwillig übernommen haben und dem Gemeinwesen dadurch werblose Dienste leisten. Nachdem die zuständigen Behörden Anordnung getroffen haben, daß den Beamten der verschiedenen Verwaltungen die für ihre rege Beteiligung am Zählgefecht erforderlichen Diensterleichterungen zu gewähren sind, darf erwartet werden, daß alle noch hinreichend rüstigen, dienstlich abkömmlingen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten einschließlich der arbeitenden, Mittel- oder Volkschulen angestellt und wegen Ausfalls des Unterrichts am Zähltage dienstfrei Lehrer einer Pausforderung

der Gemeindebehörde das Ehrenamt eines Zählers zu übernehmen, bereitwillig Folge leisten werden.

Das Gelingen der Aufnahme hängt wesentlich von dem Zusammenarbeiten der Zähler mit den Haushaltungsvorständen ab. Diese werden deshalb eracht, den Zählern ihr Amt nach Möglichkeit zu erleichtern und ihnen innige Gänge und Arbeiten zu ersparen. Sie können dies tun durch richtige, deutliche Ausfüllung der Zählpapiere, bereitwillige Auskunft über etwaige Lücken oder Unbedeutlichkeiten in der Ausfüllung und durch die Sorge für sichere und schnelle Empfangnahme der Zählpapiere sowie deren Bereitstellung zur Wiederabholung — auch für den Fall, daß der Haushaltungsvorstand selbst nicht zu Hause sein sollte. Die Zähler ziehen in der Ausübung ihrer Pflichten den besonderen Schutz der Gesetze; es wird wohl kaum einer von ihnen dieien anzuregen brauchen, sondern alle werden ohne weiteres die Rücksicht finden, die jeder für das allgemeine Beste arbeitende Staatsbürger beansprucht darf.

Das Königliche Statistische Landesamt wird das seitige tun, um den Urtreff der Aufnahme möglichst schnell aufzubereiten und ihn durch ausgiebige Veröffentlichungen für die Gesetzgebung, Verwaltung, Wissenschaft und Volkswohlfahrt nutzbar zu machen.

— Ein preußischer Volksschullehrertag soll zwischen Weihnachten und Neujahr in Magdeburg tagen, um Stellung zum Volksschulgesetzentwurf zu nehmen. Der genaue Termin wird vom Vorstand des Landesvereins preußischer Volksschullehrer bekannt gegeben werden, wenn der Gesetzentwurf publiziert ist.

— Eine Stadtverordnetenversammlung findet in dieser Woche nicht statt, weil bisher noch keine neuen Vorlagen eingegangen sind.

— Die Steuerfreiheit für Kettenhunde erlischt mit Ende März 1906. Anträge auf weitere Befreiung von dieser Steuer sind vor diesem Termine einzureichen beim Magistrat, Spiegelstraße 1/2, Zimmer 4, und auf den Rathäusern der Provinz. Andernfalls werden nach dem 1. April 1906 die Besitzer der Kettenhunde zur Steuerzahlung herangezogen.

— Feuerbestattung. Der hiesige Verein für Feuerbestattung hatte vor einiger Zeit den Magistrat gebeten, auf dem Westfriedhof neben der Urnenhalle einen Urnenhain einzurichten. In dankenswerter Weise hat der Magistrat diese Bitte genehmigt, doch stellt er noch Erhebungen über die Größe der Fläche und die Höhe der Preise an. Entsprechender Bescheid wird dem Verein bald zugetragen. Die Witwe eines jüngst verstorbenen Mitgliedes hat dem hiesigen Verein 335,15 Mark als Geschenk überwiesen. Die Anschaffung eigener Urnchäler wurde beschlossen, um sie stets in den Dienst der Propaganda stellen zu können. Der Verein zählt zurzeit bereits 200 Mitglieder.

— Aus dem Polizeibericht. In der Nacht zum 16. d. M. wurden aus zwei hiesigen Schantwirtschaften fünf Bildstöcke und zwar zwei echte (ein roter und ein weißer mit schwarzen Streifen) und drei unsichtbare (gelb, weiß, weiß mit schwarz) gestohlen. — Einem Gastwirt von außerhalb, der in der Nacht zum 17. d. M. hier eine „Bierreise“ unternahm, wurde, vermutlich von seinen Begleiterinnen, ein Portemonnaie mit etwa 400 Mark gestohlen.

— Von der Straße. Sonnabend nachmittag kippte infolge Bruches in der Artilleriestraße ein mit Heu beladener Federwagen um. Hierbei kam der Führer des Wagens, ein Droschkenfahrer aus der Sudenburg, unter das Heu zu liegen, nahm aber glücklicherweise keinen größeren Schaden.

— Schwere Brandwunden an Armen und Händen zog sich am Sonntag abend eine Knochenhauerin 27 wohnende Frau Mauschbusch zu. Sie war im Begriff zu Hause zu gehen und wollte noch vorher ihre Handschuhe mit Benzin reinigen. Dabei kam sie einer Flamme zu nahe. Es entstand eine Explosion, wobei der Frau beide Arme und Hände fast verloren wurden. Die Bedauernswerte wurde den alstädtischen Krankenhaus zugeführt.

— Eine Geißel- und Kaninchenausstellung wird der Geselligkeitsverein für Sudenburg und Umgegend in diesem Jahre in Hitlers Konzerthaus, Leipzigerstraße, am Totensonntag und folgenden Montag veranstalten. Nach den Ausstellungsbedingungen sind nur die Mitglieder dieses Vereins, wie auch des Magdeburger Kaninchenzüchtervereins berechtigt auszustellen. Zahlreiche Anmeldungen über alle Arten Großgeißel, Hühner, Kaninchen, Pelztiere und zoologische Präparate sind bereits erfolgt.

Lezte Nachrichten.

Die Erhöhung der Tabaksteuer.

* Mannheim, 10. November. Nach der „Südd. Tabakztg.“ sind infolge dringenden Erfuchens süddeutscher Regierungen einige Säcke der Tabakvorlage abgeändert worden. Für den Zolltabak ist der Zoll von 45 auf 68 Mark für den Doppelzentner, für ausländische Schneidetabak von 85 auf 110 Mark, für andre Rohtabake und für Zigarren von 85 auf 125 Mark hinaufgestellt worden. Die Papierstempelsteuer bleibt 2 Mark für 1000 Blättchen. Der Zoll auf Auslandsfabrikate ist für Zigarren auf 700 Mark, für Zigaretten auf 800 Mark für den Doppelzentner festgesetzt worden. Süddeutsche Regierungen wollen für die Besteuerung des Zolltabaks nicht höher als auf 57 Mark gehen. Preußen forderte 70, Sachsen 80 Mark. Hinsichtlich der Zigarettenpapier-Stempelsteuer ist bereits eine in Düsseldorf konstruierte Stempeleinrichtung aufgestellt. Für die Wasserstempelung ist das französische System angenommen worden.

* Dresden, 19. November. Die hiesige „Arbeiterzeitung“ erfährt: Wegen der Wahlrechtswahlversammlungen, die heute abend stattfinden, wurde Militär in den Kasernen konsigniert. Sämtliche Wachmannschaften des Garisonbezirks haben je 10 scharfe Patronen erhalten.

* Eisenach, 19. November. Endresultat der Reichswahlversammlung: Schack, Antisemit, erhielt 10 392, Leber, Sozialdemokrat, 8748 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

* Wien, 20. November. In 25 sozialdemokratischen Versammlungen wurde gestern Propaganda für die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Wahlrechtsdemonstration am 28. November gemacht.

* Kopenhagen, 20. November. Die norwegische Deputation, die dem neuen König das Endresultat der Stortingswahl mitteilen soll, ist gestern nachmittag um 5½ Uhr hier eingetroffen. Abends fand zu Ehren der Gäste ein Mahl beim Minister des Auswärtigen statt. Die Deputation wird bis Dienstag hier verbleiben.

* Budapest, 20. November. Der „Ujjag“ veröffentlicht eine Anklage gegen den Abgeordneten Polony, daß er zugunsten des Norddeutschen Bloßtungsunternehmens Aussichtliche Auswanderungen vermittelte. Als Mittelfaktor soll der Berliner Korrespondent des „Budapesti Hirlap“ dienen, der auch die jüngste Zusammenkunft Polonyms mit dem Botschafter Szöghen beteiligt.

* Montreal, 20. November. Eine Anzahl im arktischen Ozean unweit Banks-Land befindlicher Wal-Schiff-Schiffe sieht ihre Beförderung in Eisnässen entgegen. Die einzige Hoffnung zur Rettung der Mannschaft ist ein Maasch über das Eis nach dem 500 Meilen entfernten Mackenzie-Flusse. Eine Hilfesendung ist unmöglich.

H. L. Tschölin

Montag
Dienstag
Mittwoch

Aussergewöhnliches Angebot

Montag
Dienstag
Mittwoch

Fensterschützer

Plüsch glatt	<u>Sonderpreis</u> Stück 1.50	Plüsch mit Stickerei Wert 3.00 <u>Sonderpreis</u> Stück 2.25	Fries mit Stickerei . . . Wert 4.00 <u>Sonderpreis</u> Stück 3.25
Plüsch mit Vorte . . . Wert 2.75	<u>Sonderpreis</u> Stück 2.10	Plüsch mit Stickerei Wert 3.75 <u>Sonderpreis</u> Stück 2.90	Fries mit Stickerei . . . Wert 6.00 <u>Sonderpreis</u> Stück 4.75
Plüsch mit Stickerei . . . Wert 2.50	<u>Sonderpreis</u> Stück 1.80	Fries glatt	<u>Sonderpreis</u> Stück 2.35

Ein Posten Schlafdecken

vorgezeichnet Fries, reine Wolle

Wert 5.50 Sonderpreis Stück

4.50
6.25

Ein Posten Schlafdecken

vorgezeichnet Fries, reine Wolle

Wert 7.50 Sonderpreis Stück

Ein Posten Fensterschützer

vorgezeichnet Fries, reine Wolle

Wert 4.00 Sonderpreis Stück

3.10

Ein Posten Fensterschützer

vorgezeichnet Fries, reine Wolle

Wert 4.75 Sonderpreis Stück

3.90

Stoffe für Fenstermäntel

Plüsch-Sealskin ca. 130 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 1.30
Plüsch-Sealskin I ca. 130 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 1.65
Fries reine Wolle, ca. 130 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 2.25
Fries reine Wolle, I, ca. 130 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 2.90
Fries reine Wolle, etwas prima, ca. 130 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 3.50
Molton als Tücher, ca. 150 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 1.00

Schlafdecken

ca. 300 Schlafdecken	pelzartig geraut <u>Sonderpreis</u> Stück 1.20
ca. 600 Schlafdecken	pelzartig geraut, 130/180 <u>Sonderpreis</u> Stück 1.50
ca. 250 Schlafdecken	pelzartig geraut, 150/200 <u>Sonderpreis</u> Stück 2.25
ca. 400 Schlafdecken	Jacquard und Figuren <u>Sonderpreis</u> Stück 2.50

Felle

Ein Posten Felle gefärbt, 35/70, Wert 3.	<u>Sonderpreis</u> Stück 2.50
Ein Posten Felle gefärbt, ca. 50/80, Wert 5.	<u>Sonderpreis</u> Stück 4.00
Ein Posten Felle gefärbt, ca. 50/95 Wert 7.	<u>Sonderpreis</u> Stück 6.00
Ein Posten Felle gefärbt, ca. 60/120, Wert 7.50	<u>Sonderpreis</u> Stück 6.00
Ein Posten Felle gefärbt, ca. 65/130, Wert 9.75	<u>Sonderpreis</u> Stück 8.25

Ein Posten Schlafdecken

reine Wolle, uni, mit Vorte
Sonderpreis Stück

4.75

Ein Posten bunten Sofaplüsche

ca. 130 cm
Sonderpreis Mit. 6.50 5.00

3.25

Ein Posten Moquette-Taschen als Kissenplatten

Sonderpreis Stück

85

Ein grosser Posten Ziegenfelle

gute Qualität, ohne Fehler

ca. 70/170 cm grau weiß gefärbt

Sonderpreis 6.50 7.00 8.00

Ein Posten Felle mit Köpfen

bedeutend unter Preis

Ein Posten Felle mit kleinen Fehlern

sehr billig

Ein Waggon Linoleum

Läufer

80 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 60 52 ^{1/2} Pf.
67 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 70 60 Pf.
90 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 95 85 Pf.
100 cm	<u>Sonderpreis</u> Meter 1.15

Zum Belegen

100 cm, bedruckt	<u>Sonderpreis</u> Meter 1.05
200 cm, bedruckt <u>Sonderpreis</u> Meter 1.05 88 Pf.	1.05 88 Pf.
200 cm, glatt, Qual. Taylor <u>Sonderpreis</u> Meter 2.00 1.45 1.00	2.00 1.45 1.00
200 cm, glatt, Walton <u>Sonderpreis</u> Meter 2.25 1.65	2.25 1.65

Teppiche — Vorlagen

Teppich ohne Vorte 125/200	200/250	200/300
<u>Sonderpreis</u> 2.65 2.20 5.25 4.45 6.35 5.35		
Teppich mit Vorte 150/200	200/250	200/300
<u>Sonderpreis</u> 5.25 4.50 9.75 7.50 13.00 9.25		
Vorlagen 45/65	70/90	70/115
<u>Sonderpreis</u> 45	90	140

Ein grosser Posten einzelne Fensterschützer unter Preis

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 273.

Magdeburg, Dienstag den 21. November 1905.

16. Jahrgang.

Bürgerliche Stadtväter.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

In arge Verlegenheit sind Oberbürgermeister, Rat (Magistrat) und Stadtverordnete der Stadt Dresden verkehrt worden durch die Veröffentlichung eines vertraulichen Briefes, den der Oberbürgermeister an den Rat gerichtet hat. In diesem Schreiben behandelt das Stadtoberhaupt nämlich das heikle Thema der Vergabeung städtischer Arbeiten an Stadtverordnete. Das Thema ist brennend für Dresden, weil einigen der jüngsten Stadtverordneten, vor allem dem Kaufmann Ahlhelm, nachgesagt worden ist, daß sie ihr Mandat zum Geschäftsmachen benutzt.

Ein gravierender Fall, wo der Stadt die Lieferung schlechter und teurer Kohlen durch eine Stadtverordneten nahestehende Firma ausgedrungen wurde, ist freilich von den Herren des Rats mit Hilfe einer rabulistischen Auslegungskunst für „korrekt“ erklärt worden. Indes hat jedermann aus der Bürgerschaft dazu den Kopf geschüttelt, um so mehr, als der bewußte Herr Ahlhelm da man ihn anlässlich des Selbstmordes eines Stadtverordneten der Mischuld an einem unsauberen Grundstücksgeschäft zuungunsten der Stadt beschuldigte, sich zwar in allerlei hochtrabenden Verwahrungen erging, dagegen den Weg der Privatklage sorgfältig vermied. Man kann nunmehr verstehen, wie rangenahm den Herren die Veröffentlichung des oberbürgermeisterlichen Schreibens war, worin es bezeichnenderweise heißt:

„In letzter Zeit ist mehrfach behauptet und aus Anlaß verschiedener Fälle in unliebsamer Weise erörtert worden, daß die Vergabeung von Lieferungen und Arbeiten für die Stadt an Mitglieder der städtischen Kollegien, insbesondere an solche des Stadtverordneten-Kollegiums nicht auf Grundsachlicher Erwägungen, sondern behufs persönlicher Begünstigungen erfolgt seien. Soweit mir die Klagen berechtigt erschienen, bin ich ihnen nachgegangen und habe versucht, festzustellen, ob und inwieweit sie tatsächlich begründet seien. Es hat sich meist nichts Näheres feststellen lassen, als daß der eine oder andre Ausschuss mit seiner Mehrheit für ein Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums eingetreten ist, ohne daß über die Motive völlige Klarheit zu gewinnen war. Weiter habe ich festzustellen, daß an zuständigen Amtsstellen darüber Klage bei mir geführt wird, daß einzelne Stadtverordnete sich fortwährend um freiändige Vergabeungen von Arbeiten und Lieferungen bemühen und diese Bemühungen auch bei Unterbeamten des Rats betreiben . . .“

Hier nach kommen einige Sätze, die den Eindruck des Vorhergehenden abschwächen sollen; es ist z. B. nach dem Stadtoberhaupt eine Schädigung der Stadt nicht erwiesen. Damit aber auch nicht der Schein einer Beitragswirtschaft entsteht, damit die Bürgerschaft nicht falschen Verdacht schöpft, schlägt der Oberbürgermeister zum Schluß Ausschluß der Stadtverordneten von freiändigen Vergabeungen und bei engeren Konkurrenzen vor. Dagegen sollen sie bei öffentlichen Konkurrenzen weiter zugelassen werden.

Den „Dresdner Neuesten Nachrichten“, einem sogenannten „unparteiischen“ Blatt, das sich zum Organ der ziemlich buntgemischten und unklaren bürgerlichen Opposition gegen das jetzige Stadtverordneten-Kollegium aufgeworfen hat, ist dieser Geheimerlaß verraten worden, und so prangte er denn vor einigen Tagen in diesem Blatte, natürlich nicht ohne Kommentar.

Da die Stadtverordnetenwahl dicht vor der Tür stehen, und das neue Berufs- und Klassenwahlrecht den Antisemiten ohnehin nicht sehr günstig ist, so fuhr der Gesellschaft ein gehöriger Schreck in die Glieder. In der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag suchte man die Situation durch eine Interpellation zu retten, die vom Oberbürgermeister eine „klarende“ Antwort forderte. Einbringer war derselbe Stadtverordnete Ahlhelm, dessen Name bei all den „Geschäfts“-Aussäßen immer in erster Linie genannt wurde. Man wurde versucht das französische Sprichwort zu zitieren: Qui s'excuse, s'accuse. (Wer sich entschuldigt, beschuldigt sich.) Die Rede, die er zur Begründung der Interpellation hielt, bewies mehr sein Verlangen nach einem beruhigenden Wort des Oberbürgermeisters als nach schonungsloser Aufdeckung. Herr Beutler kam dem Ersuchen schleunigst in ausgiebiger Weise nach, goß die Schale seines Hornes über die böse Presse aus, versicherte, daß nichts Ordnungswidriges vorgekommen sei, daß er seine Vorschläge nur gemacht habe, um Missdeutungen zu verhüten, und brachte es so fertig, sein Schreiben vollständig zu desavouieren. Wie die Versicherungen seiner Rede z. B. mit der Stelle seines Schreibens vereinbar sind, daß Stadtverordnete sich sogar bei Unterbeamten der Stadt um Lieferungen bemüht haben, ist ein unlösbare Rätsel. Namen zu nennen, lehnte der Oberbürgermeister rücksichtsvoll ab, und als ihm einige Stadtverordnete mit dieser Forderung schärfer zusehen, erklärte er, nur auf ausdrückliches Verlangen des Kollegiums und unter Zustimmung des Rats werde er Namen nennen, denn sonst hieße das der begangenen Indiskretion — der Veröffentlichung des Briefes — noch eine zweite hinzufügen. Es lägen nur harmlose Sachen vor.

Der hochgemute Interpellant erklärte sich merkwürdigweise mit diesen Auskünften des Stadtoberhauptes befriedigt, die Mehrheit des Kollegiums hielt es aber doch um ihrer Reputation willen für nötig, vom Oberbürgermeister zu fordern, daß er die Ermächtigung des Rats zur Nennung der Namen einholte.

Vor den Stadtverordnetenwahlen, die Ende November stattfinden, wird die Namennennung wohl nicht erfolgen und nach Ablauf des Wahltermins wird man sich an die Rechtheit, Namen hören zu wollen, nicht mehr erinnern.

Und so wird alles beim alten bleiben. Sozialdemokraten gibt es ja auf dem Rathaus nicht. —

Provinz und Umgegend.

Aken, 20. November. (Großfeuer.) Am Freitag abend gegen 1/2 11 Uhr ließ sich plötzlich ein dumpfer dröhrender Knall vernnehmen, und gleich darauf stieg aus der Tänkerschen Gruppenmühle heller Feuerschein auf. In ganz kurzer Zeit stand die Mühle mit

ihren 16 Mahlgängen, die erst vor 11 Jahren neu ausgebaut wurde, nachdem die alte ebenfalls dem Feuer zum Opfer gefallen war, in hellen Flammen. Von Zeit zu Zeit erfolgten Explosionen. Es waren nämlich am Tage vorher 28 Behälter mit Schwefelsäure, die zum Bleichen der Gräben gebraucht wird, angespannt worden. Jeder dieser Behälter explodierte mit lautem Krachen. Zwei der Eisenrohre wurden über hundert Meter weit auf den benachbarten Hofen geschleudert. Ein 15 Pfund schwerer Eisenbolzen lag auf das 100 Meter entfernte Dach des Schulhauses und schlug ein großes Loch hinein. Die Telepholeitung fast der ganzen Stadt ist unterbrochen, denn auf der Gruppenmühle befand sich das dem Postgebäude unmittelbar benachbarte Sammelgestell für die Fernsprechleitung. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. Man nimmt an, daß es durch Überhitzung in Folge der Melbung in den Maschinen entstanden ist. Der angrenzende Speicher, der durch einen massiven Treppengang und doppelte eiserne Schotten von der Mühle getrennt war, ist erhalten geblieben, ebenso der Maschinenraum und die neuerrichtete Bleiche. —

Aschersleben, 20. November. (Die Partei- und Volksvereinsversammlung) fand am Sonntag den 19. November in Wilkes Lokal statt. Die Beratung über die Neugründung der Organisation im Wahlkreis Calbe-Aschersleben ergab das Resultat, daß die bisherige Organisation aufzugeben und die Geschäftsführung dem Volksverein zu übertragen sei. Die anschließende Volksvereinsversammlung beriet das neue Organisationsstatut, wobei einige Änderungen beschlossen wurden. Als Delegierte wurden die Genossen Boden, Bauer, Hanebutt, Höhne, Kaufmann und Winne gewählt. Die selben sind gleichfalls als Delegierte für die Generalversammlung gewählt. —

Burg, 20. November. (Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein) hält seine Versammlung erst am Mittwoch den 22. d. M., abends 8 Uhr, bei Jesse ab. Wir möchten darauf noch einmal hinweisen. —

Burg, 20. November. (Mutterseelen) ereigte am Sonnabend abend gegen 9 Uhr in der Mittelstraße ein Selbstmordanschlag. Der bei dem Spediteur Frize in Stellung befindliche Arbeiter Hoffmann versuchte sich mit seinem Taschenmesser den Hals zu durchschneiden. Er hätte dies ohne Zweifel auch ausgeführt, wenn er nicht daran verhindert worden wäre. H. hat dies jedenfalls in einem Anfall von Geistesgeisterhaft ausgeführt, denn, wie uns erzählt wurde, ist H. schon einmal im vorjährigen Jahre wegen Geistesgeisterhaft im hiesigen Krankenhaus behandelt und nach Besserung seines Zustandes wieder entlassen worden. Auf einer Schnittwunde am Halse hat H. — er lag mitten auf dem Trottoir — keine weitere Verletzung erlitten. Er wurde in das hiesige Krankenhaus überführt. —

Calbe a. S., 20. November. (Unser Abonnement) in hiesiger Stadt diene zur Kenntnis, daß die wiederholt verspätete Bußstellung der „Volksstimme“, wie es am letzten Donnerstag wieder einmal der Fall war, weder auf Verschulden der Expedition noch des Polporteurs zurückzuführen ist. Wen die Schuld trifft, ist gegenwärtig noch nicht festgestellt. Es wird jedoch dafür gesorgt werden, daß Abhilfe erfolgt. —

Halberstadt, 19. November. (Achtung, Kartell-Delegiert!) Dienstag abend 8½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung statt. Da sehr wichtige Angelegenheiten zur Sprache kommen, so ist es notwendig, daß alle Vertreter zu Stelle sind. —

Halberstadt, 20. November. (Spielplan des Stadttheaters) Montag den 20. Nov.: „Martha“, Oper in 4 Akten von Fr. v. Flotow. Zweites Gastspiel der Oper des Stadttheaters zu Halle. (1. Serie, weiße Karten.) Donnerstag den 23. Nov.: „Krieg im Frieden“, Lustspiel in 5 Akten von Mojer u. Schönhan. (2. Serie, rote Karten.) Freitag den 24. Nov.: Unbestimmt. (3. Serie, gelbe Karten.) Sonnabend den 25. November (zweite Fremdvorstellung): „Preziosa“. Außer Abonnement. Anfang 5¾ Uhr. Sonntag den 26. November: Neuheit: „Die Brüder von St. Bernhard“, Schauspiel in 4 Akten von A. Ohorn. Anfang 7 Uhr. (1. Serie, weiße Karten.) In Vorbereitung: „Tartuffe“, von Molière. „Der zerbrochene Krug“, von Kleist. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(42. Fortsetzung.)

Zehntes Kapitel.

In welchem der alte Muz deutlich redet. Der Ausbildungsdirektor eine geniale Idee hat und Trudi einen Kuß auf der Treppe bekommt.

Während die beiden Mädchen noch bei Tische saßen — die Mutter war nicht erschienen, sondern mit Schreiben in ihrem Zimmer beschäftigt — während sie noch bei Tische saßen, ohne freilich viel genießen zu können in ihrer Herzensangst, wurde draußen stark, ungeduldig geflingelt. In der ausgeregten Stimmung, in welcher sie sich hente befanden, dünkte den armen Mädchen jedes Glockenzeichen, jeder nahende Tritt als ein Signal für eine neue Schreckenbotschaft. Sie waren aufgesprungen und hatten erschrocken Messer und Gabeln beiseite geschoben, als sich die Tür öffnete und mit kurzem, rauhem Gruß der Major von Muzell auf der Schwelle erschien.

„Wo ist Eure Mutter? Ich muß sie sofort sprechen!“

„Mama hat sich in ihrem Zimmer eingeschlossen — ein wichtiger Brief . . .“

„Hm! War Bodo heute schon hier?“

„Ja!“

„Ist die Mutter mit ihm fortgewesen?“

„Ja!“

„Ah! Dacht ich mir's doch!“

Ein Schlüssel schnappte mit leichtem Knack zurück und Frau von Lerssen öffnete halb die Tür ihres Zimmers.

„Sie haben mit mir zu reden, Major — bitte, kommen Sie herein!“

Ohne die jungen Damen noch eines Blickes zu würdigen, stampfte er eifrig quer durch das Zimmer und verschwand im Nebengemach.

Und gleich darauf vernahmen die Schwestern von drinnen die mühsam gedämpfte, zornige Stimme des alten Muz und das Aufschluchzen der Mutter. Ihre schlimme Ahnung hatte sie also nicht getrogen; das Ungewitter, das Jahre gebraucht hatte, um sich über ihren Häuptern zu

sammenzuziehen, sollte sich an diesem einen Unglücksstage Schlag auf Schlag entladen.

„Ich, Asta, ich ertrage es nicht länger,“ schluchzte Trudi auf, „nicht wahr, Du bist mir nicht böse, wenn ich Dich verlasse — wenn ich mich zu meinem Hans flüchte?“ Und sie drückte ihr Lüchlein gegen die überquellenden Augen und ging.

„Du Glückliche!“ flüsterte Asta hinter ihr Wein. Sie rief dem Mädchen, daß es rasch den Tisch abräumen möge und warf sich dann im Schloszimmer, das hinter dem Ess- oder sogenannten Berliner Zimmer nach dem Hofe hinaus lag, halbtotkleidet auf ihr Bett; denn der Tag war heiß und schwül und ihr Kopf schmerzte sie zum Zerspringen. —

Im Wohnzimmer, das nach der Straße hinaus lag, waren gegen die fengenden Strahlen der Mittagssonne die Jalousien herabgelassen. Es war dunkel im Zimmer, aber doch heiß und dumpf. Die Exzellenz saß an ihrem Schreibtisch, das Haar immer noch in Unordnung wie vorhin, und sie starnte mit verweinten Augen auf den halb beschriebenen Briefbogen hin, auf welchem sie bis jetzt vergebens versucht hatte, Bodo von der plötzlich veränderten Lage der Dinge in Kenntnis zu setzen und ihm die Auszahlung des erhaltenen Geldes zu verbieten.

Und der Major ging immer noch mit schweren Schritten hin und her, trocknete sich die Perlen mit einem bunten seidenen Tuche von der Stirn und suchte sich Lust zu schaffen, indem er mit dem Zeigefinger zwischen Kragen und Hals herumfuhr.

Sie hatte ihm alles erzählen müssen, die alte Freundin, wie es Bodo gelungen war, sie zum Treubruch an dem letzten Willen ihres Gatten zu überreden, und wie sie bei ihrer Rückkehr die Töchter im Besitz des so lange sorgsam gehüteten Geheimnisses gefunden habe.

„So jo, die Mädels wissen's also?“ begann der alte Muz nach einem längeren, peinigenden Stillschweigen. „Nun, da bedanken Sie sich nur allerschönstens bei Fräulein Gregori, Verchristete! Der Himmel meint es immer noch unverdient gut mit Ihnen. Sie sitzen am Wegrand wie angeklebt und sehn Ihr Ziel vor sich, zum Greifen nahe; und da jammern Sie, daß Sie nicht hinkommen können und denken beileibe nicht davon, hübsch aufzustehen und ein Fußchen vors andre zu setzen. Nein, Sie warten ab, bis Ihnen der Himmel

ein freundliches Donnerwetter über den Hals schickt, daß Ihnen Hagelkörner wie die Walnüsse groß um die Nase fliegen und Sie im Hurra davonjagen und dahin, wo Sie hingehören! — Nehmen Sie mir's krumm oder g'rad', verehrte Exzellenz, aber was zu arg ist, ist zu arg! Und wenn ich jetzt noch nicht räsonieren sollte, da müßte ich Schlagjagd statt Galle im Leibe haben!“

Er hatte den Gerichtsvollzieher auf der Straße abgefangen, als er Bodos Wohnung verließ, und als jener ihm mitgeteilt, mit welcher Maltblütigkeit der Leutnant ihm gehießen, heute nachmittag um vier das Geld abzuholen, gleich richtig geschlossen, daß er, auf die Schwäche seiner Mutter bauend, sie zur Entnahme des Geldes aus der Reichsbank zu bewegen suchen werde.

„Sie wußten ja, daß ich eine schwache Frau bin; warum haben Sie Ihre Hand so ganz von mir abgezogen? Sie mußte doch an Ihnen irre werden, lieber Freund!“

„Ei du — Gift und perrment noch 'mal! — eine famose Logik!“ wütete der Major und machte einen unglücklichen Versuch zu lachen. „Haben Sie Exzellenz denn so ganz und gar vergessen, was ich hochdenselben an meinem Geburtstage vorzutragen die Ehre hatte? Habe ich Ihnen nicht haarklein die schönen Folgen Ihrer Nachgiebigkeit gegen Bodo aufgezählt, habe ich Ihnen nicht jeden Schritt vorgezeichnet, den Sie zu tun hatten, um das Schlimmste abzuwenden und Ihr gutes Gewissen zu bewahren? Ich habe Ihnen einen Mat als Freynd gegeben, weil Sie ihn verlangten — habe ich denn sonst ein Recht über Sie? Dann ich Sie denn zwingen, meine Vorschläge auszuführen? Ich wollte nur sehen, ob es Ihnen endlich einmal Ernst war. Und gerade weil ich Ihre Schwachheit kenne, weil ich weiß, daß Sie alles, was verfluchte Pflicht und Schuldigkeit heißt, mit goldenen Rücksichtslosigkeit zu behandeln lieben, bis die himmelsackernde Not sie zwingt, darum habe ich für ein bißchen Rot geforgt, ein bißchen eingezetzt, damit Ihnen der moralische Dampf nicht ausgehen solltet! Ich zog mich zurück, damit Ihr sehn solltet, daß es mir verdammt Ernst mit meinen Ratschlägen gewesen, denn sonst hältst Ihr ja auch das heiligste Freizdonnerwetter bloß für eine Redebühne, ein facon de parler, und lacht über den drossigen alten Muz! War das also freundlichkeit von mir gehandelt oder nicht?“

(Fortsetzung folgt)

Düsseldorf, 20. November. (Der zweite Vortrag des Genossen Dr. Müller.) „Die Merkmale des modernen Staates“ am 18. d. M. war besser besucht als der erste Vortrag. Man kann heraus erscheinen, daß den Vorläufen immer wieder Entzerrung entgegengetragen wird. Wir hoffen, daß der Besuch des nächsten Vortrags noch besser wird. Nach dem Vortrag stand eine Volksvereinsversammlung statt, die sich in der Hauptsaale mit der Sitzungnahme zur Generalversammlung am 22. d. M. beschloß. Hierzu wurden folgende Anträge gestellt und angenommen: 1. Die Verteilung sind auf 20 Pf. zu erhöhen und hierzu 65 Prozent an die Hauptkasse abzuhören. 2. Der Hauptvorstand des Volksvereins sieht sich zusammen aus einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden, einem geschäftsfestlichen und zwei Beisitzern. Die Funktionen des Hauptvorstehers sind dem Vorsitzenden mit zu übertragen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden die Genossen H. Albrecht, Fr. Kosch und G. Meiss gewählt; denselben wurde auch das Mandat als Delegierte zur Kreisversammlung erteilt. Unter „Verschiedenes“ wurde gestuft, daß einige Bezirksführer es noch nicht für nötig befunden hätten, die Kreisversammlung vorzunehmen. —

Schönebeck, 20. November. (Achtung, Parteigenossen!) Am morgigen Dienstag den 21. November, abends 8 Uhr, findet im „Bürgerhaus“, Breiteweg 57, der dritte Vortragsabend des Genossen Dr. Müller statt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. —

Stuttgart, 19. November. (Ebdlicher Unfall!) Erst kürzlich mussten wir von einem schweren Unfall berichten, der einen Zimmerer auf einem Neubau auf der sogenannten Freitagschen Fabrik verloren hatte. Heute haben wir dieselbe traurige Aufgabe. Auf einem andern Neubau derselben Fabrik sollten Sparten ausgenagelt werden. Der eine Sparten lag nicht hoch genug. Der ungefähr 18 Jahre alte Zimmermann Karl Krapp aus Wendendorf stand mit gespreizten Beinen über dem oberen Ende dieses Sparten und zog ihn etwas höher. Dabei rutschte das untere Ende von seiner Unterlage ab und stieg in die Tiefe. Das obere Ende schlug natürlich mit großer Wucht nach oben, zwischen den Beinen des Krapp hoch, traf ihn am Gesäß und schleuderte ihn in die Luft. Unter mehrmaligem Ueberschlagen stürzte der Unglückliche aus einer Höhe von circa 15 Meter auf Boden und verletzte sich so schwer, daß er schon auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben ist. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. November 1905.

Um Goldblondchen. Der Fabrikant Theodor Freitag hier, geboren 1858, stellte seit dem Jahre 1901 eine Limonade her, die er „Goldblond-Limonade“ bezeichnete und verkaufte. Ein ähnliches Fabrikat verkaufte der Kaufmann Sandor in Halle unter der Bezeichnung „Goldblondchen“. Er hatte sich diese Warensbezeichnung schützen lassen, was dem Fabrikanten Freitag bekannt war, diesen auch vergeblich aufgefordert, die Bezeichnung „Goldblond“ zu unterlassen. Freitag wurde deshalb wegen Vergehens gegen das Warenzeichengesetz angeklagt, aber freigesprochen, weil die Behauptung des Geschuldigten, eine Täuschung des Publikums liege nicht vor und die Bezeichnung „Goldblond“ sei nur eine Farbenbezeichnung, durch zwei Sachverständige bestätigt wurde. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 18. November 1905.

Rötingung. Der Zimmermann Hermann Machenreit aus Quedlinburg wurde vom dortigen Schöffengericht am 5. Oktober von der Anklage der Rötingung freigesprochen. In der heutigen Berufungsverhandlung wurde der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Der vorbestrafte Arbeiter Rudolf Lohmann aus Wedderleben stahl am 28. September zu Halberstadt bei einem Umzug eine Taschdecke im Werte von 6 M. Das Urteil lautet auf 9 Monate Gefängnis. —

Diebstahl und Geheuerlei. Ausgangs Juni wurden aus der Gärtnerei St. Burchard zu Halberstadt eine Anzahl Blumen gestohlen. Der Arbeiter Julius Storbeck wird bez. Diebstahls und die Mitangestellte Dorothy Brandt wird bez. Geheuerlei beschuldigt. Dem Angeklagten Storbeck ist nur ein Diebstahl nachzuweisen; er wird deshalb zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte Brandt wurde freigesprochen. —

Gewerbe-Vertretung. Der Maurer Gottfried Bindel aus Halberstadt wird beschuldigt, in Bernigerode und Nöthenrode unzügliche Bilder und Schriften verkaufte zu haben. Außerdem bot er ein Buch zum Kauf an, ohne den nötigen Gewerbeschirm zu haben. Wegen des Verkaufs von unzüglichen Bildern und Schriften lautet das Urteil auf 6 Monate Gefängnis, 3 Jahre Eherverlust und Siedlung unter Polizeiaufsicht. Wegen Gewerbekontrollabenteuer wird Bindel zu 96 M. Geldstrafe eventuell 16 Tagen Haft verurteilt. —

Körperverlehung und Hausrüdenstrich. Die Bergarbeiter Franz Schabach und Bladislavus Käubisch, beide aus Oschersleben, drangen am 10. Oktober widerrechtlich in die dortige Arbeiterinnenfabrik ein. Der Aufforderung, dieselbe zu verlassen, fanden sie nicht nach. Schabach nahm sogar sein Taschenmesser und machte damit den Aufseher. Wegen schwerer Körperverlehung und Hausrüdenstrich wird Schabach zu 1 Jahr 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Käubisch dagegen wird mit 1 Woche Gefängnis bestraft. —

Freispruch. Die Witwe Minna Dietrich geb. Herbst aus Halberstadt wird von der Anklage, bei Leistung des Offenbarungsteides die Eidesplicht verletzt zu haben, freigesprochen. —

Der Wehrpflichti entzogen. Der Wehrberater Karl Schermann aus Überwitz entzog sich zuerst der Wehrpflicht, da er ein ärztliches Attest fälschte. Da diese Fälschung schlecht ausgefallen war, so wußte er den Arbeiter Kotte zu überreden, damit dieser das Attest abfertigte. Hierdurch hat sich nun auch Kotte schuldig gemacht. Schermann wird mit 1 Woche Gefängnis und Kotte mit 4 Tagen Gefängnis bestraft. —

Urkundenfälschung und Unterjagung. Der Arbeiter Friedrich Heitmann aus Quedlinburg hat 48 M. unterzuladen, die er für seinen Arbeitgeber zu bezahlen hatte. Um diese Unterjagung zu bekräftigen, fertigte er eine Quittung fälschlich an. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterjagung lautet das Urteil auf 7 Monate Gefängnis. —

Hausrüdenstrich. Die Hüttenarbeiter Reinhold Röller und Otto Tietz, beide aus Thale, sind beschuldigt, am 21. August gemeinschaftlich in ein Gefäß eingedrungen zu sein und die Bewohner desselben belästigt zu haben. Das Quedlinburger Schöffengericht hat beide freigesprochen. Auf Grund der leichten Beweisaufnahme wird jeder zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Diebstahl. In den Nächten des 4. und 23. Juni wurden in Thale zwei Petroleumtuben entzogen und daraus eine Menge Berggegenstände im Betrage von 150 M. geholt. Diese Diebstähle werden dem vorbestraften Arbeiter Paul Rathé aus Eisleben und dem Arbeiter Heinrich Hartig aus Thale zugeschrieben. Rathé wird unter Einbeziehung der am 20. und 23. Oktober erlangten Strafen zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Eherverlust und Siedlung unter Polizeiaufsicht und 5 Jahren Gefängnis verurteilt. —

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, den 18. November 1905.

Geistig minderwertig. Eine ganze Liste von Vergehen wird dem Musketier Hermann Koch 2 von der 5. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 165 zu Blankenburg zur Last gelegt. Gegen den Angeklagten, der mehrheitlich disziplinarisch und gerichtlich vorbestraft ist, wurde schon im Frühjahr d. J. wegen unbegründeter Beschwerde verhandelt. Er soll sich nach Verbüßung einer längeren strengen Arreststrafe über den Arrestauffänger Schmidt bei seinem damaligen Hauptmann in Goslar beschwert haben. Er habe kein frisches Wasser bekommen, der Unteroffizier habe ihm um 1½ Uhr nicht austreten lassen; um 4 Uhr nachmittags sei der Ofen schon laufen gewesen und auf seine Beschwerde habe der Unteroffizier Schmidt die brennende Zigarre an das Thermometer gehalten, um, wie Koch glaubte, den Thermometerstand zu erhöhen. Auf seine Bitte um Brot habe der Unteroffizier Schmidt geäußert: „Sie sind verrückt.“ Der Unteroffizier befreit entschieden, sich gegenüber dem Angeklagten irgendwie vergangen zu haben, um so mehr, da er von seinem Vorgesetzten aufmerksam genaht worden sei. Er habe deshalb ihm gegenüber genau nach der Instruktion gehandelt. Koch unternahm am 9. Dezember gelegentlich einer wieder zu verbüßenden Strafe von 30 Tagen strengem Arrest wegen Achtsamkeitsverlust einen Selbstmordversuch, der aber zeitig genug bemerkte wurde, von dem ärztlichen Sachverständigen aber als Simulation seitens des Koch gehalten wird. Koch kam dann auf 6 Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes in das Garnisonslazarett in Magdeburg. Einmal hatte sich Koch im Arrest ganz nackt ausgesetzt, die Sachen in der ganzen Zelle herumgeworfen. Auf die Frage des Vorgesetzten nach dem Grunde dieses Tuns antwortete Koch: „Ich weiß nicht.“ Im heutigen Arresthaus hat Koch dasselbe Manöver wiederholt. Er kann sich aber daran nicht erinnern! Koch, der als unsicherer Heerespflichtiger eingestellt war, wurde auf seinen Wunsch und der verschiedenen Bestrafungen halber im Frühjahr von Goslar zu der 5. Kompanie nach Blankenburg versetzt. Dort stahl er am 1. April vom Schreibstift seines Feldwebels 4,02 Mark. Als der Dichtstahl entdeckt wurde, desertierte Koch am 3. April im Ordonnauzug. Er befreite sich Zivilzeug; wo er das gekauft oder gestohlen hat, weiß er heute nicht anzugeben. Die Dienstgegenstände, Helm, Stock, Seitengewehr und Koppel, hat Koch so beschädigt, daß sie nicht wieder gefunden wurden. Er ging nach Holland, um sich dort anwerben zu lassen, wurde aber abgewiesen. Genso ging es ihm in London, Koch, der sich nach seiner Angabe nur die „Welt ansehen“, aber nicht für immer von der Truppe entfernen wollte, kehrte über Rotterdam wieder nach Deutschland zurück, wo er sich in Ennemich im Oktober stellte. Beweisgründe weiß Koch, der sich der meisten Vorfälle nicht mehr erinnern will, nicht anzugeben. Durch die verbüßten Strafen sei er ganz konsumiert worden und wisse nicht, was er alles sage; es sei ihm nicht alles zu glauben. „Ich sage zu allem ja und gebe zu, was die Zeugen sagen. Mir ist, als wenn ich Matto in im Kopf habe.“ Diese und andere Bemerkungen macht der Angeklagte. Der erste Hauptmann des Angeklagten hält ebenso wie der Oberstabsarzt Dr. Sandor, der den Koch längere Zeit beobachtete, letzteren für geistig normal und für seine Taten wohl verantwortlich. Dem Koch gegenüber sei bei kleinen Vergehen viel Müdigkeit geübt worden, da der Hauptmann der Ansicht ist, daß die meisten der Unstechen bei milder Behandlung doch noch gute Soldaten würden, trotz ihrer Vorstrafen. Koch habe auf Vorhaltungen des Hauptmanns immer leicht geweint und sich zerkrümmt gezeigt, in seinem Verhalten sich aber nicht verbessert. Die vernommenen 13 Zeugen bestätigten teilweise die Behauptungen der Anklage, teilweise aber auch einige tatsächliche Angaben des Koch. Der Anklagevertreter beantragt für die „ungerechtfertigte Beschwerdeführung“ 2 Monate Gefängnis, für den Diebstahl der 4,02 Mark in Übereinstimmung der erheblichen Vorstrafen 2 Jahre Zuchthaus und Ausstofzung aus dem Heere, für die Fahnenflucht 9 Monate Gefängnis und Verbüßung in die zweite Klasse, für die Besitzigung der Dienstgegenstände 4 Wochen Mittelarrest; Gesamtstrafe 2½ Jahre Zuchthaus und Ausstofzung aus dem Heere. Der Verteidiger beantragt und begründet die Freisprechung von der Anklage der unbegründeten Beschwerdeführung, die ebenfalls nach Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts nur disziplinarisch zu bestrafen sei, da die von Koch behaupteten Tatfachen doch wahr seien, der Unteroffizier habe doch teilweise so verfahren, wie Koch behauptete, allerdings dabei nach der Instruktion gehandelt. In bezug darauf, ob der Angeklagte bei Verübung seiner strafbaren Handlungen geistig defekt war, stellt der Verteidiger den Entschied anheim. Das Urteil lautet unter Aufrechterhaltung aller Anklagepunkte auf 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus, Verjährung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Ausstofzung aus dem Heere. Koch nimmt die Strafe an. —

Meine Chronik.

Ein neues Schwindsuchtmittel.

Wie das „Diegn. Tagebl.“ meldet, soll es dem praktischen Arzt Dr. Oskar Rosenberg in Seehausen, Kreis Löbau, nach jahrelangen Versuchen gelungen sein, einen Stoff herzustellen, der eine spezielle Wirkung gegen die menschliche Tuberkulose besitzt. Dieser Stoff wird nach Angabe des Erfinders aus einer lebenden Rasselmoose hergestellt und ist löslich und sehr widerstandsfähig. Die Wirkung, die er in dem menschlichen Körper entfaltet, soll folgende sein: Wenn er einem Tuberkulosekranken zugesetzt wird, hemmt er bald unter der Steigerung der Körpertemperatur die Entwicklungsfähigkeit des Bazillus und führt selbst bei vorgeschrittenen Lungentuberkulose zur Heilung. —

Landesverratsprozeß.

Das Reichsgericht verhandelte am Sonnabend gegen den angeklagten Studenten der Handelswissenschaft Ladislav Pawlowski aus Warschau, der am 20. Mai d. J. wegen Aufnahme von Stichen bei Fort Waldersee in Posen verhaftet worden war. Auf Beweisaufnahme wurde teilweise verzichtet, da der Angeklagte zugab, für die russische Regierung Spionage betrieben zu haben. Das Urteil lautete wegen Verbrechens im Sinne des § 3 des Spionagegesetzes auf 3 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Eherverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Urteil in dem Spionageprozeß gegen die russische Schriftstellerin Anna Smoljamirnow, der am selben Tage vor dem Reichsgericht verhandelt wurde, lautete wegen verübten Verrats militärischer Geheimnisse auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Das Reichsgericht erklärte es als festgestellt, daß die Angeklagte sich militärische Schriften, die geheim gehalten wurden, verschafft hat, um sie einem Offizier einer fremden Macht auszuliefern. —

Ein schweres Eisenbahnglüx.

Der Güterzug, der am Sonnabend morgen um ½ 9 Uhr die Station Böckel verließ, stieß in der Nähe der Station Rhede bei einem Chausseelüx auf eine Damwildfalle. Der Führer der Wölfe wurde getötet, ein zweiter und ein Kind wurden tödlich verletzt, einem andern wurde ein Bein abgeschossen. —

Zum Untergang des Torpedoboots „S. 126“.

Unter den 23 Opfern, die bei dem Untergang des Torpedoboots S. 126 ihr Leben einbüßten, befindet sich auch ein Magdeburger, der Torpedoführer Karl Gödicke. Die Kollision mit dem Kreuzer „Undine“ ereignete sich am Freitag abend 8 Uhr 45 Minuten in der Kieler Bucht. Die Division machte eine schulmäßige Nachfahrt gegen „Undine“, die abgebrückt fuhr. Das Torpedoboot ist ancheinend durch das Scheinwerferlicht der „Undine“ geblendet gewesen und vor den Bug des Kreuzers getrieben. Das Boot sank infolge Kreiselexplosion.

Der Kreuzer „Undine“ liegt an der Stelle des Bracks. Der Kreuzer „München“ mit den Tauchern des Torpedoversuchskommandos, der Kreuzer „Nymphen“ und ein Werftschlepper mit einem Taucherbrahn und dem Personal der Bergungsarbeiten sind an der Unfallstelle eingetroffen. Die „Undine“ ist am Bug beschädigt und kommt zum Doktor nach Kiel. Sonntag mittag 12 Uhr müssen wegen hohen Seegangs die Taucherarbeiten an der Unglücksstelle eingestellt werden. —

Mit Mann und Maus untergegangen.

Der deutsche Dampfer „Uhlenhorst“, der von der schwedischen Hafenstadt Lysekil nach Stettin unterwegs war, ist in der Nähe von Helsingör untergegangen. Die gesamte Besatzung und sämtliche Passagiere sind ertrunken. —

Eine Schiffskatastrophe.

Die London and South Western-Eisenbahngesellschaft erhielt aus St. Servan in der Bretagne die Nachricht, daß ihr Dampfer „Hilda“ auf der Fahrt von Southampton am Sonntag morgen bei Sturm und Schnee bei St. Malo untergegangen ist. 75 Personen von der Besatzung und 100 Passagiere sind ertrunken. Ein Dutzend Passagiere und ein Mann der Besatzung wurden gerettet. Man nimmt an, daß das Schiff auf einen Felsen gestoßen ist. Das Schiff sank nach wenigen Minuten. Die Passagiere waren der Mehrzahl nach Kanaille aus Saint Brieuc. Vier Matrosen wurden tot im Lazaret gefunden. Das Rettungswerk war erschwert, weil die Katastrophe in der Dunkelheit erfolgte.

Eine neuere Nachricht über die Schiffskatastrophe lautet: Das Unglück ereignete sich 10 Uhr abends; das Schiff sank binnen zwei Minuten. Der Kapitän hatte sich bei dem unbilden Wetter durch das Licht des Leuchtturms irreführen lassen. Nach einem später eingetroffenen Telegramm konnte ein Boot des Dampfers „Aida“ zwölf Passagiere und einen Matrosen retten, welche sich in den Masten des gesunkenen Schiffes festgehalten hatten. Au Boot befanden sich 70 Passagiere, während die Besatzung 28 Mann zählte. Die Katastrophe ereignete sich, als die meisten Passagiere schliefen. Dadurch erklärt es sich auch, daß nur zwei Rettungsboote herabgelassen worden sind. Ein Boot mit zwölf Geretteten ist in St. Malo eingetroffen. Das zweite Boot wurde bei East leer an den Strand geworfen. Da dort auch 13 Leichen angeschwemmt wurden, glaubt man, daß das Boot leerte und die Insassen von der „Hilda“ extraniert sind. Mehrere Dampfer sind an den Ort der Katastrophe abgegangen, um die Leichen aufzunehmen. Von der „Hilda“ sieht man nur noch die Masten und einen Teil des Rumpfes. Die genaue Zahl der Überlebenden konnte noch nicht festgestellt werden. —

Eine Brandkatastrophe.

In Glasgow ereignete sich am Sonntag eine furchtbare Brandkatastrophe. Das Feuer brach dort im vierten Stock eines Vogierhauses aus. 30 der Schlafgäste erstickten in den hölzernen Schlafabteilungen, ehe Hilfe kam. Die übrigen 380 Gäste rannten meist unbekleidet auf die Straße. In der Panik wurden 32 erheblich verletzt. Das Feuer wurde durch eine weggeworfene Zigarette verursacht. —

Vereine und Versammlungen.

Gast- und Schaukunst.

In der beim Kollegen Otto Schmidt in Buckau tagenden November-Versammlung wurden als Mitglieder aufgenommen Alf. Wollschläger und Jul. Behrendt, Sudenburg, Karl Gehrmann und Wilhelm Schulze, Buckau; ausgeschieden wegen Aufgabe des Geschäfts ist Fr. Hesse, Buckau. In einem Hause von Haben gehaltene Vortrag handelte derselbe die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte unseres Berufs. Der Vortragende verstand es in seinen circa ½ stündigen Ansprüchen sich den Besall der Versammlung zu erfüllen. Wollschläger betonte Westphal die Möglichkeit eines engen Zusammenschlusses der Berufskollegen. Ein Antrag, die Einführung einer Plakatstelle betreffend, wurde abgelehnt. Als Obmann des Agitations-Komitees wurde Buchlow vorgeschlagen. Beschlossen wurde, am 5. Dezember eine öffentliche Versammlung bei Fr. Hesse, Stephanstraße 38, abzuhalten; der Referent soll in nächster Zeit bekannt gegeben werden. —

Vereins-Kalender.

Skatkub Eintracht, M. Menstadt. Freitag Dienstag, abends 8½ Uhr, Spielabend und Aufnahme neuer Mitglieder bei Georg Winter, Vogelherdstraße 80.

Barleben. Familien-Verein. Freitag, abends 7½ Uhr, Versammlung.

Burg. Gesangverein Vorwärts. Dienstag abend (nicht Mittwoch) Nebenstunde bei Fr. Fesse.

Halberstadt. Gewerkschaftskartell. Dienstag den 21. November, abends 8½ Uhr, Sitzung. Es ist eine wichtige Sache zu beraten.

Schönebeck. Volkverein. Dienstag den 21. November, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“, Breiteweg 57, Versammlung. Dritter Vortrag des Genossen Dr. August Müller.

231

Briefkasten.

G. B. 200. Als Seker und Steward. Bedingungen sind uns unbekannt. Näheres über Kontraktduer und die Bedingungen erfahren Sie durch den hierigen Vertreter des „Norddeutschen Lloyd“, Wilhelmstraße 9, Eingang Bahnhofstraße, seiner durch die Generaldirektion der Hamburg-Amerika-Linie zu Hamburg. —

G. B. Ottobrunn. Die Verpachung des Lokals und der Verkauf des Inventars ist zulässig, aber das letztere hält vor wie nach in der Substation den Hypothekengläubigern. Zahlung der Miete auf mehr als ein Vierteljahr im voraus ist den Hypothekengläubigern gegenüber unwirksam. —

Für die Partikasse gingen ein: Bohmer Engländer 5 Mark. M. B. B. 10 Mark. Versammlung „Weißer Hirsch“ 12. November 30,40 Mark. Versammlung „Thalia“ 10. November 32,55 Mark. Versammlung „Thalia“ 14. November 31,75 Mark. Vereins

Vasserstände.

	+ bedient über, — unter Null					
	Ber., Oger und Moldau,	gall	Wachs			
Zingemburgau	17. Nov. + 0.12	18. Nov. + 0.08	0.04	—		
Gau	" + 0.58	" + 0.46	0.12	—		
Endevis	" + 0.22	" + 0.16	0.06	—		
Prag	"	"	—	—		
Strauburg	18. Nov. + 1.70	19. Nov. —	—	—		
Weissenfels Kupf.	" + 1.43	" + 1.26	0.16	—		
Trotha	" + 3.76	" + 3.46	0.30	—		
Altenburg	" + 3.60	" + 3.32	0.28	—		
Bernburg	" + 3.10	" + 2.80	0.30	—		
Salbe Oberpegele	" + 2.34	" + 2.26	0.08	—		
Salbe Unterpegele	" + 3.20	" + 2.90	0.30	—		
Mulde						
Dessau Muldebrücke	18. Nov. + 1.80	19. Nov. + 1.62	0.18	—		
Görlitz						
Borbnitz	17. Nov. + 0.32	18. Nov. + 0.24	0.08	—		
Braudorf	" + 0.48	" + 0.42	0.06	—		
Mehlitz	" + 0.65	" + 0.65	0.03	—		
Leitmeritz	" + 0.67	" + 0.57	0.10	—		
Küllig	18. " + 1.05	19. " + 0.87	0.18	—		
Dresden	" - 0.28	" - 0.46	0.18	—		
Lorenz	" + 2.10	" + 2.00	0.10	—		
Wittenberg	" + 2.96	"	—	—		
Blankau	" + 2.75	" + 2.64	0.11	—		
Barby	" + 3.68	" + 3.30	0.38	—		
Schonebeck	" + 3.23	"	—	—		
Magdeburg	19. " + 2.84	20. " + 2.60	0.24	—		
Zangerlande	18. " + 4.11	19. " + 3.96	0.15	—		
Wittenberge	" + 3.72	" + 3.75	—	0.03		
Bruda-Dömitz	" + 2.87	" + 3.06	—	0.19		
Güntersburg	" + 2.61	" + 2.82	—	0.21		

213. Königlich Preußische Glasslotterie.

5. Klasse. 11.ziehungstag. 18. November 1905. Vormittag.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Gläsern beigelegt.
(Ohne Gewähr. U. St. M. §. 3.)
(Nachdruck verboten.)

201 806 751 1003 188 247 472 (500) 98 778 807 928 (1000) 2003

(3000) 97 101 567 701 25 61 94 830 92 8149 81 884 (1000) 406 879

(500) 885 764 4034 79 (500) 438 88 508 84 707 23 84 832 45 5120

201 506 943 78 6147 425 50 99 (1000) 721 (3000) 821 915 7380 465

77 00 506 (500) 644 703 26 824 8049 150 288 883 574 91 812 (1000)

747 801 910 13 (500) 9167 (500) 94 353 767 732 914 58

10113 56 341 473 714 52 11094 110 31 881 88 512 770 908 68

82 12013 69 120 211 310 (500) 64 (500) 97 (500) 98 508 801 887 44 945

13049 143 541 212 757 (1000) 86 828 82 967 1439 74 481 550 808 884

47 85 15028 224 42 59 889 92 842 914 16068 182 448 508 820 796 884

91 900 (1000) 17007 489 (500) 509 35 680 (500) 723 18082 (500) 100 27

55 236 89 935 73 552 816 38 82 10186 255 889 48 551 709 905

20461 75 (3000) 842 827 60 99 21011 (3000) 150 411 634

(4000) 22 22028 94 183 352 78 479 510 667 738 903 23034 124 84

266 499 617 958 89 96 21054 126 427 576 792 958 25106 278 334

452 608 737 26082 196 303 554 632 785 997 27164 358 480 42 727

(500) 921 42 28091 (500) 346 450 635 57 872 930 49 55 (500) 97

29354 400 584 888 714 94 50

30578 (500) 528 31378 401 27 583 (500) 84 648 73 715 (1000)

70 813 75 32013 53 81 85 163 88 273 355 97 623 876 80 33401 520

98 843 31011 611 959 79 81525 64 (3000) 383 (500) 92 448 (600) 535

818 99 904 86055 184 489 597 803 87 76 77 840 95 87084 37 207

15430 (3000) 56 552 807 (1000) 84 726 869 88 906 88380 480 (500)

737 38 31919 888 603 59 790

40049 247 80 (500) 300 65 590 627 38 718 864 (1000) 41047 146

60 78 289 304 678 74 82 806 950 54 (500) 42256 812 405 20 37 (500)

535 798 886 93 906 24 43007 12 80 (3000) 66 108 291 579 81 867

705 84 898 940 90 44151 291 582 (500) 729 886 65 76 95 (500) 914 67

45054 110 66 287 402 582 687 968 80 46004 143 236 460 89 847

751 (500) 801 (3000) 47090 279 75 586 (3000) 600 81 898 987 (500)

48055 61 211 923 49030 87 741 856

50177 200 584 665 714 88 924 (500) 51185 885 414 (1000) 547 887

965 52022 202 780 51018 298 429 61 518 842 821 900 54080 340 43

429 52 58 84 898 027 (500) 65 55003 124 474 802 919 56186 240 419

779 85 57047 222 548 797 883 900 58149 260 400 621 (500) 767 (500)

896 918 59052 162 89 (500) 200 422 29 550 (3000) 637 773 85 (1000)

92 673 989

60107 504 64 68 (3000) 75 77 605 876 61110 74 86 (500) 890 486

540 682 717 903 62027 196 240 417 844 50 63095 142 (3000) 67

93 (500) 232 35 582 (500) 713 804 17 955 64405 25 40 250 440 509

720 974 65058 282 380 98 548 (500) 75 66331 560 555 777 841 60 73

943 67084 (500) 116 325 608 821 68259 85 481 508 28 85 883 90 775

(1000) 258 6945 97 299 329 25 86 584 812 935

70106 (3000) 325 (3000) 458 519 849 912 71098 129 208 98 364

(1000) 472 98 572 (500) 048 839 924 88 72028 57 (500) 122 64 230 (1000)

898 (500) 422 501 56 (500) 79 681 (500) 857 72028 36 (500) 96 494 877

90 940 74108 03 211 420 64 604 29 75 842 903 75098 (500) 802 80

84 913 70289 321 484 (1000) 85 502 624 945 77024 113 224 49 87 (500)

374 800 600 722 (1000) 67 74020 290 383 762 823 70030 82 218 26

421 55 80 546 659 75 708 (500) 74 90 (3000) 860 988

90028 45 193 (500) 428 571 882 (500) 81212 628 938 43 57 90

406 530 863 88 92181 (3000) 84 455 619 23 54 912 (500) 80374

102 20 27 357 555 95 821 924 (3000) 58 (1000) 91047 174 (500) 267

(500) 301 35 444 61 957 677 90 907 95013 140 208 347 97 980 9029

82 174 278 847 744 51 70 814 952 (1000) 97240 45 62 355 97 416 (1000)

62 62 (3000) 597 90 880 (1000) 68 919 (500) 98028 81 80 107 98 382

421 565 710 969 9917 201 21 263 357 431 501 (1000) 67 760 905

100035 102 51 208 662 95



Auktion!

Gegenstände aller Art sowie ganze Warenlager übernehme zur öffentlichen Versteigerung Kasse und Abrechnung sofort
B. Wolff
Auktionator
Schwertfegerstr. 14.

Herrn und folgende Tage kommen in meinem Geschäft große Posten 1034

Herren-, Knaben- und Jünglings-Winter-Paleots Lodenjoppen, Jackett-Anzüge Gehrock- und Rock-Anzüge einzelne Jackets, Hosen und Westen sowie sämtliche Arbeiter-Garderobe

Schuhwaren
aller Art für Herren, Damen und Kinder zum Verkauf.

Nuf jeden Anzug Winterpaleot Lodenjoppe ein Paar bessere Winter-Handschuhe gratis.
B. Wolff
Schwertfegerstraße 14.

Ins Auge

fallend ist jedes Gesicht ohne Konturenlosigkeit. Haftanschläge wie Ritter, Fünnen, Flechten, Blümchen, Haartröse u. c. Daher gebrauchen Sie nur Steckenspindel.

Leerschwefel-Seife

Bergmann & So., Niedersedlitz-Dresden mit Schutzmarke: Steckenspindel.

a St. 50 Pf. in Magdeburg bei G. Jenisch, Altmarkt 28.

Richard Simroth, Tischlerstraße 22.

G. Hubert, Salzdorfstraße 16.

Hirsch-Apotheke, Breiteweg 121.

Viktoria-Apotheke, Kaiserstr. 94 b.

In Buckau: Rosen-Apotheke.

Nienstadt: Gustav Graj.

R. Eisele, Paul Albrecht.

Wilhelmsstadt: Ros. Kühn.

Zindenburg: G. Starloff.

Gänsefleisch, zerlegt

Gänsefleifleisch

Gänselein 1096

Gänselflemen

Bohemmarkt-Berlaußstelle

am Kaiser-Otto-Automat.

Otto Kaphengst

Magdeburg-Südenburg

724 Muster freie!

Wer bei Kaphengst tanzt, spart Geld!

Kellfedern-Verhandlung

haus

Otto Kaphengst

Magdeburg-Südenburg

724 Muster freie!

Konsumverein Neustadt

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht zu Magdeburg.

Für das 4. Vierteljahr 1905 findet die ordentliche

Generalversammlung

Sonnabend den 9. Dezember 1905, von abends 8^{1/2} Uhr an im „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1c statt mit der

Tagesordnung:

1. Wahl von neuem Aufsichtsratsmitgliedern.
2. Geschäftliche Mitteilungen.
3. Eindrücke vom Kongress der britischen Konsum-Genossenschaften.

Der Zutritt zu der Versammlung ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Recht zahlreichen Besuch erwartet

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Neustadt

E. G. m. b. H.

Chr. Dressel, Vorsitzender.

Schuhmacher-Ortskrankenkasse.

Am Montag den 27. November, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Böhme, Kleine Klosterstraße 15-16

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Vorstandbericht.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes a) Arbeitgeber, b) Arbeitnehmer.
3. Wahl der Kassenrevisoren.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. A. B. Schilling, Vorsitzender.

Konsumverein Aschersleben und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag den 26. November (Totensonntag), nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Erwahlung für die statutengemäß ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie für ein verstorbene Mitglied des Aufsichtsrates.
3. Mitteilungen.

Hierzu sind alle unsre verehrten Mitglieder freundlich eingeladen.

Der Aufsichtsrat. Otto Hanekutt, Vorsitzender.

Neuhaldensleben und Umgegend.

Am Sonntag den 26. November, nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn W. Herzog

Öffentl. Volksversammlung

Tagesordnung:

1. Unsre Toten (Referent: Gewerkschaftsbeamter Friedrich Dresler, Magdeburg).
2. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch erwartet

Der Einberuber.

Im Zirkus

Herrte und folgende Tage, abends 8 Uhr

Eine Gefallene.

Berliner Clittensbild in 3 Alter.

Zu dieser Abend-Vorstellung haben wir Erwachsenen Zutritt.

1517

Achtung! Diesdorf Achtung!

Die Eröffnung meiner Schankwirtschaft

findet heute statt, wozu ich freundlich einlade.

Für ff. Bier e sowie gute Speisen ist bestens gesorgt.

Hochachtungsvoll

Hermann Blume.

600

Cracau.

Mittwoch (Vorstag) den 22. November, nachmittags 4 Uhr

Öffentliche Frauen-Versammlung

in der „Schweizerhalle“ in Cracau.

Tagesordnung:

1. Der Kampf der Frau um Brot und Recht.

(Referentin: Frau Jeetze, Rigdorf.)

2. Freie Aussprache.

Um zahlreichen Besuch bitten

1526

Die Einberuberin.

Dankdagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsers teuren Entschlaufenen sagen wir hierdurch allen denen, welche ihm das letzte Geleit gaben und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichen Dank.

598

Familie Heine.

Schuhwaren!

Billig! Billig!

Herren- u. Damenstiefel, Stiefelletten, Turn-Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffeln, auch aus Kunstlederstoffen stamm. Waren für Neustadt. Schmidt- str. 44.

601

Lemsdorf.

Reparaturen an Uhren

sauber und äußerst billig.

E. Becker, Uhrmacher

Marienstr. 6, i. h. d. Herrn Hess.

1527

Stadt-Theater.

Dienstag den 21. November 1905.

Der lustige Krieg.

Operette in 3 Aufzügen von Joh.

Strauß.

1528

Wilhelm-Theater.

Dienstag den 21. November 1905.

Das Jungfernstift.

Walhalla.

Ullabendlich

Glänzender Erfolg d. neuen

November-Spielplans.

1529

Standesamt.

Magdeburg, 18. November.

Aufgebot: Arb. Joh. Friedr.

Bertold Koberling in Oberneinstadt mit

Pauline Martha Kauter hier. Arb.

Otto Gustav Laß in Niederndubbeleben mit Berta Else Will in Höhndodeleben.

Sergeant Gust. Schüler in Gr.-Lichterfelde mit Frida Thiele hier. Fabrikarb. Karl Friedr. Paul Suhl mit Marie Alwine Anna Gruppe in Stendal. Kutscher Willi Theuerkauf mit Anna Höhne. Wizewachtmeyer Willi Hebecker mit Anna Tieze. Photograph Rob. Bahldorf mit Caroline Kitzler.

Geschäftsberichten: Geschäftsführer Bruno Ritter mit Emma Lajer. Arb. Aug. Lindenberg mit Agnes Tieze. Schneider Hermann Leopold mit Martha Schaujeit. Brauer Max Papp mit Anna Broich.

Oberschmied Otto Maet mit Rosa Griesse. Oberpostschaffner Friedrich Muß mit Ottile Groß geb. Wolff.

Geburten: G. des Arbeiters

Wilhelm Leichfischer. G. des Bergarbeiter Christoph Gonschorek.

Geburten: Robert Friedr.

Wilhelm, G. des Arbeiters Robert Peterling. Alfred Richard Ewald G. des Arbeiters Heinrich Vorchen.

1530

Aschendorf.

Geschäftsberichten: Bureau Vorsteher Fritz Winkler in Papenburg mit Anna Kottler hier. Fabrikarbeiter Albert Keitel mit Anna Schiller. Fahrarbeiter Ferd. Schulz mit Emma Gebhardt. Stationsgehilf Fritz Belzer mit Elisabeth Lange. Büfettier Richard Vorster mit Luise Schmerbach. Arbeiter Otto Stade mit Walli Babis.

Geburten: G. des Arbeiters

Wilhelm Leichfischer. G. des Bergarbeiter Christoph Gonschorek.

Geburten: G. des Arbeiters

Friedrich Ewald G. des Bergarbeiter August Sprotte. G. des Schlossers Karl Kinter. G. des Arbeiters Karl Neuhof. G. des Kupferschmieds Wilhelm Rabandi. G. des Bildhauers Paul Schön.

Todesfälle: Otto Walter, G. des Arbeiters Albert Zander, 9 M.

1531

Schönebeck.

Geschäftsberichten: Bahnhofstr.

Emil Zimmermann in Gutsleben

mit Olga Schuer hier.

Todesfälle: Elisabeth geb.

Schmidt, Ehefrau des Tischlermeisters Christian Strauß, 55 J. Dorotée

geb. Brabant, Ehefrau des Tischlers Friedrich Moers, 78 J.

1532

Staßfurt.

Aufgebot: Tischlerstr. Moritz Ludwig mit Dorothee Müller. Schuhmeister Ewald Krug in Dürrenberg mit Lucie Koch geb. Schneid in Berbst. Schlosser Bruno Lettau mit Anna Schulz.

Geschäftsberichten: Kesselschmied

August Friedrich Karl Busse mit Ella May.

Geburten: G. unehel. G. des

Fabrikantens Otto Beck.</